

**A b d r u c k  
Niederschrift**

über den **öffentlichen** Teil der Sitzung des Kreistages Miltenberg  
von Montag, den **05.03.2007**,  
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 18:35 Uhr

**Den Vorsitz führte Herr Landrat Roland Schwing.**

**Für den in der Zeit von 18:30 Uhr bis 18:35 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.**

**Anwesend waren:**

**Kreistagsmitglieder**

Frau Gabriele Almitter  
Herr Dietmar Andre  
Herr Karl-Heinz Bein  
Herr Michael Berninger  
Herr Joachim Bieber anwesend bis 17:50 Uhr  
Herr Michael Böhme anwesend bis 17:45 Uhr  
Frau Sonja Dolzer-Lausberger  
Herr Erwin Dotzel  
Frau Ellen Eberth  
Herr Dr. Hans Jürgen Fahn  
Frau Emma Fichtl  
Herr Bruno Fischer  
Herr Ulrich Frey  
Herr Hans Grimm  
Herr Boris Großkinsky  
Herr Michael Günther  
Frau Birgit Hotz  
Frau Claudia Kappes  
Herr Ferdinand Kern  
Frau Marliese Klappenberger-Thiel  
Herr Erich Kuhn  
Herr Edwin Lieb  
Herr Dr. Heinz Linduschka  
Herr Joachim Lüft  
Frau Gabriele Manderfeld-Albreit  
Frau Isolde Marsilia  
Herr Thorsten Meyerer  
Frau Petra Münzel  
Herr Karl Neuser  
Frau Waltraud Nutz  
Herr Helmut Oberle anwesend bis 16:50 Uhr  
Herr Jürgen Reinhard  
Herr Paul Ripperger anwesend bis 18:05 Uhr  
Herr Ludwig Ritter  
Herr Berthold Rüth  
Herr Jens Marco Scherf  
Herr Ludwig Scheurich

Herr Otto Schmedding	
Frau Monika Schuck	anwesend ab 15:00 Uhr
Herr Dr. Ulrich Schüren	
Herr Kurt Schüßler	anwesend bis 17:20 Uhr
Herr Manfred Schüßler	
Herr Hermann Spinnler	
Herr Erich Stappel	
Herr Bernhard Stolz	anwesend bis 18:00 Uhr
Herr Ivo Trützel	
Herr Dr. Jörg Vorbeck	anwesend bis 15:30 Uhr
Herr Dr. Rainer Vorberg	
Frau Gabriele Weber	
Herr Roland Weber	
Frau Ruth Weitz	

**Entschuldigt fehlten:**

**Kreistagsmitglieder**

Frau Marion Becker  
 Herr Hermann-Josef Eck  
 Herr Erich Hein  
 Herr Dr. Heinz Kaiser  
 Herr Richard Klug  
 Herr Günther Oettinger  
 Herr Kurt Schumacher  
 Frau Heidi Wright  
 Herr Wolfgang Zöllner

**Von der Verwaltung waren anwesend:**

Herr Dr. Erwin Dittmeier, Medizinaldirektor  
 Herr Oliver Feil, Regierungsrat  
 Herr Dietmar Fieger, Verwaltungsdirektor  
 Herr Alexander Hoffmann, Regierungsrat  
 Herr Gerald Rosel, Oberregierungsrat  
 Herr Gerhard Rüth, Verwaltungsamtsrat  
 Herr Kurt Straub, Verwaltungsoberamtsrat  
 Herr Manfred Vill, Verwaltungsamtsrat  
 Herr Rainer Wöber, Verwaltungsoberamtsrat  
 Frau Ursula Mottl, Schriftführerin

**Ferner haben teilgenommen:**

Herr Karlheinz Betz, Nahverkehrsbeauftragter (Punkt 10)  
 Frau Kerstin Weckwert, Leiterin der Rohe'schen Altenheimstiftung Kleinwallstadt (Punkt 6)

**Vor Eintritt in die Tagesordnung gratulierte Landrat Schwing**

- Kreisrat Erwin Dotzel zur Wahl zum Bezirkstagspräsidenten am 30.01.2007
- Kreisrat Karl Neuser zur Vollendung des 65. Lebensjahres am 31.01.2007
- Kreisrat Dietmar Andre zum 66. Geburtstag am heutigen Ta

**Tagesordnung:**

- 1 Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 18.12.2006
- 2 Investitionskostenförderung für das Haus "Maria Regina" in Miltenberg
- 3 Korrektur eines redaktionellen Fehlers in den "Richtlinien zur Förderung von vollstationären Pflegeeinrichtungen im Landkreis Miltenberg"
- 4 Jahresrechnung 2005 des Landkreises Miltenberg:
  - a) Örtliche Prüfung
  - b) Feststellung
- 5 Erweiterung, Umbau und Generalsanierung von Julius-Echter-Gymnasium/Staatl. Realschule im Schulzentrum Elsenfeld:  
Zeitliche Verschiebung des III. und IV. Bauabschnitts
- 6 Haushaltsplan 2007 der Rohe'schen Altenheimstiftung Kleinwallstadt
- 7 Beratung und Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2007 des Landkreises Miltenberg
- 8 Bericht über die Beteiligungen des Landkreises Miltenberg an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts für die Geschäftsjahre 2002 bis 2006
- 9 Antrag des Kreisrates Ulrich Frey auf Verabschiedung einer Informationsfreiheitsatzung für den Landkreis Miltenberg
- 10 Fortschreibung des Nahverkehrsplanes der Region Bayerischer Untermain
- 11 Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen zum Ausfall der EDV des Landratsamtes Miltenberg aufgrund eines Stromausfalls

Tagesordnungspunkt 1:

### **Anerkennung der Sitzungsniederschrift vom 18.12.2006**

Gegen die Niederschrift über die Sitzung des Kreistages vom 18.12.2006 wurden innerhalb der 14-tägigen Frist keine Einwendungen erhoben. Sie gilt daher als anerkannt.

Tagesordnungspunkt 2:

### **Investitionskostenförderung für das Haus "Maria Regina" in Miltenberg**

Verwaltungsamtsrat Vill führte aus, dass die Landkreise und kreisfreien Städte in Bayern seit 1995 nach dem Bayerischen Ausführungsgesetz zum Pflegeversicherungsgesetz (AGPfle-geVG) verpflichtet seien, den längerfristigen Bedarf an Altenpflegeeinrichtungen in ihrem Bereich zu erheben und für bedarfsnotwendige Einrichtungen Investitionskostenförderung zu bewilligen.

Im Auftrag des Landkreises Miltenberg sei deshalb zunächst im Jahr 1996 ein erstes Pflegebedarfsgutachten erstellt worden, welches zum Ergebnis gekommen sei, dass der Pflegebedarf für den Landkreis Miltenberg vorläufig gedeckt sei.

Bereits 1995 sei auch bekannt geworden, dass der Caritasverband für die Diözese Würzburg e.V. das Altenpflegeheim „Maria Regina“ in Miltenberg zeitgemäß modernisieren und umbauen möchte. Seinerzeit habe das Haus noch über 50 Pflegeplätze und 50 Plätze für rüstige Bewohner verfügt. Angesichts des damals bereits ersichtlichen Trends, dass immer weniger rüstige Bewohner in Altenpflegeheimen versorgt werden wollen, sei für die folgenden Jahren ein Umbau der Pflegeeinrichtung zu einem Haus mit 71 Pflegeplätzen und 48 betreuten Wohneinheiten bei gleichzeitigem Wegfall aller Rüstigenplätze geplant und durchgeführt worden. Für das etwa 20 Mio. DM teure Projekt sei beim Landkreis Miltenberg und beim Freistaat Bayern Investitionskostenförderung beantragt worden.

Nachdem das Haus „Maria Regina“ ausschließlich mit 50 Pflegeplätzen in den Pflegebedarfsplan 1996 aufgenommen gewesen sei, sei für das Projekt gemäß Kreistagsbeschluss vom 20.05.1999 nur für 50 Pflegeplätze Investitionskostenförderung bewilligt worden, nämlich 30.000,00 DM je Pflegeplatz = 1,5 Mio. DM. Der Freistaat Bayern, der damals ebenfalls noch Investitionskostenförderung gewährt habe, habe den gleichen Betrag bewilligt.

Gegen den Bewilligungsbescheid des Landratsamtes Miltenberg vom 14.12.1999 habe der Caritasverband für die Diözese Würzburg e.V. Widerspruch eingelegt, weil nicht 71, sondern nur 50 Plätze gefördert worden seien und die Förderung der weiteren 21 Plätze beantragt.

Im darauf folgenden Pflegebedarfsplan des Landkreises Miltenberg aus dem Jahr 2002 sei der Pflegeplatzbestand des Hauses „Maria Regina“ mit 71 Plätzen in die Bedarfsberechnung aufgenommen worden.

Nachdem die Regierung von Unterfranken den Widerspruch zunächst mit Bescheid vom 24.04.2003 zurückgewiesen habe, habe das Verwaltungsgericht Würzburg mit Urteil vom 15.11.2004 den Bescheid des Landkreises Miltenberg insoweit aufgehoben, als die Förderung der weiteren 21 Plätze abgelehnt worden sei und den Landkreis Miltenberg verpflichtet, die weiteren 21 Plätze zu fördern. Über die Höhe der Förderung seien keine Aussagen getroffen worden. Mangels Erfolgsaussichten sei das Urteil nicht angefochten worden.

Allein die Höhe der weiteren Förderung sei dann Gegenstand der weiteren Verhandlungen gewesen. Der Caritasverband für die Diözese Würzburg e.V. habe eine Förderung in gleicher Höhe wie für die bereits geförderten 50 Plätze (21 Plätze x 30.000,00 DM = 630.000,00 DM bzw. 322.113,89 €) verlangt. Darüber hinaus habe der Caritasverband für die Diözese Würzburg e.V. geltend gemacht, dass der Landkreis Miltenberg im Wege der Amtshaftung verpflichtet sei, den gleichen Betrag noch einmal als Ersatz für die entgangene staatliche Förderung zu gewähren. Denn nach dem zwischenzeitlichen Ausstieg des Freistaates Bayern aus der Investitionskostenförderung für Altenpflegeheime sei (auch nach Bestätigung des Bayerischen Sozialministeriums) selbst bei einer Nachzahlung durch den Landkreis Miltenberg keine zusätzliche staatliche Förderung mehr zu erwarten. Gegen die damaligen staatlichen Bewilligungsbescheide der Regierung von Unterfranken habe der Caritasverband für die Diözese Würzburg e.V. keinen Rechtsbehelf eingelegt.

Die vorgeschlagene Vergleichsregelung sei das Ergebnis zweijähriger weiterer rechtlicher Auseinandersetzungen sowie mündlicher und schriftlicher Verhandlungen mit dem Caritasverband für die Diözese Würzburg e.V., bei denen sowohl rechtliche als auch politische Argumente eingebracht worden seien. Zur Vermeidung weiterer rechtlicher Streitigkeiten mit ungewissem Ausgang sei dem Caritasverband für die Diözese Würzburg e.V. eine Vergleichsregelung unter dem Vorbehalt der entsprechenden Gremienbeschlüsse unterbreitet worden. Denn bei der Festlegung der Höhe des Förderbetrages bestehe seitens des Landkreises Miltenberg zwar Ermessen, es spreche jedoch rechtlich viel dafür, dass eine Bindung dieses Ermessens durch frühere Verwaltungspraxis im vorliegenden Einzelfall bejaht und deshalb die volle Förderung bewilligt werden müsse. Eine Amtshaftung des Landkreises Miltenberg hinsichtlich der entgangenen staatlichen Förderung dürfte dagegen nicht gegeben sein.

Nach Abwägung der Erfolgsaussichten auf dem Klageweg mit dem weiteren Prozesskostenrisiko bei erneutem Unterliegen erscheine der zuletzt angebotene Betrag auch nach juristischer Prüfung und Beurteilung im Hause erforderlich. Der Caritasverband für die Diözese Würzburg e.V. habe am 02.02.2007 sein Einverständnis mit dem Vergleichsvorschlag erklärt.

Kreisrat Meyerer fragte, wie es sein könne, dass der Freistaat Bayern nicht fördere, der Landkreis Miltenberg jedoch fördern müsse.

Landrat Schwing erklärte dazu, dass seit Bestehen der Pflegeversicherung Alteneinrichtungen vom Freistaat Bayern gefördert werden können, Landkreise und kreisfreie Städte derartige Einrichtungen jedoch fördern müssen. Der Freistaat Bayern habe sich zwischenzeitlich aus der Förderung zurückgezogen. Er (Landrat Schwing) habe dieserhalb bereits persönlich mit Frau Staatsministerin Stewens gesprochen. Die Konsequenz wäre eine Gesetzesänderung, was jedoch noch nicht erfolgt sei. Der Landkreis Miltenberg habe daher keine andere Wahl, als für das Haus „Maria Regina“ in Miltenberg die genannte Investitionskostenförderung zu gewähren.

Durch den Kreistag wurde auf Empfehlung des Kreisausschusses vom 26.02.2007 bei einer Gegenstimme folgendes

### **b e s c h l o s s e n :**

Folgendem Vergleich wird zugestimmt:

1. Der Landkreis Miltenberg zahlt in Erfüllung seiner Verpflichtung aus dem Urteil des Verwaltungsgerichts Würzburg vom 15.11.2004, Az. W 8 K 03.520, für das Haus „Maria Regina“ in Miltenberg eine abschließende Investitionskostenförderung in Höhe von 300.000,00 € an den Caritasverband für die Diözese Würzburg e.V..

2. Der Betrag wird nach Genehmigung des Kreishaushalts 2007 in einer Summe ausgezahlt. Damit sind sämtliche gegenseitige Forderungen in dieser Angelegenheit abgegolten, insbesondere auch Verfahrenskosten, etwaige Zinsforderungen oder die behaupteten Schadensersatzansprüche.“

Tagesordnungspunkt 3:

**Korrektur eines redaktionellen Fehlers in den "Richtlinien zur Förderung von vollstationären Pflegeeinrichtungen im Landkreis Miltenberg"**

Verwaltungsamtsrat Vill erinnerte daran, dass der Kreistag am 27.03.2006 eine Änderung der „Richtlinien zur Förderung von vollstationären Pflegeeinrichtungen im Landkreis Miltenberg“ beschlossen habe. Wesentlicher Inhalt sei die Kürzung sämtlicher Fördersätze auf maximal ein Drittel der bisherigen staatlichen Höchstfördersätze, nachdem zuvor bereits im Jahr 2003 eine Kürzung auf 80 % der staatlichen Höchstfördersätze erfolgt sei.

Bei der Festlegung der Fördersätze in den Richtlinien sei bei einem Betrag jedoch ein redaktioneller Fehler unterlaufen: Der Satz für die Schaffung neuer Pflegeplätze durch Umbau (Ziffer 5.1. Satz 2 Buchstabe b)) sei im beschlossenen Richtlinienentwurf mit 4.090,00 € angegeben. Ein Drittel der staatlichen Höchstfördersätze wären aber gerundet 5.110,00 €. Entsprechend der in der Aussprache bekundeten Regelungsabsicht müsse diese Zahl daher korrigiert werden. Finanzielle Auswirkungen habe dieses redaktionelle Versehen bisher nicht gehabt.

Da nach derzeitigem Sachstand der Bedarf an vollstationären Pflegeplätzen im Landkreis Miltenberg mindestens bis zum Jahr 2012 abgedeckt sei, dürfte die Änderung auch in den kommenden Jahre ohne Auswirkungen bleiben. Die Korrektur erfolge der Richtigkeit halber.

Durch den Kreistag wurde auf Empfehlung des Kreisausschusses vom 26.02.2007 einstimmig folgender

**B e s c h l u s s**

gefasst:

Ziffer 5.1 Satz 2 Buchstabe b) der „Richtlinien zur Förderung von vollstationären Pflegeeinrichtungen im Landkreis Miltenberg“ erhält in Korrektur eines redaktionellen Fehlers folgende Fassung: „bei Umbau jeweils bis 5.110,00 €.“

Tagesordnungspunkt 4:

**Jahresrechnung 2005 des Landkreises Miltenberg:**

**a) Örtliche Prüfung**

**b) Feststellung**

Der Stellv. Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Kreisrat Kern, führte aus, dass der Rechnungsprüfungsausschuss in acht Sitzungen die Jahresrechnung 2005 und die Ausgabenbelege hierzu geprüfte habe. Die Ergebnisse der Prüfung seien im Jahresbericht zusammengefasst, dem der Rechnungsprüfungsausschuss am 15.02.2007 zugestimmt habe.

Der Bericht enthalte im formellen Teil die Ergebnisse der Jahresrechnung und die Feststellungen des Rechnungsprüfungsausschusses zur derzeitigen Finanzsituation des Landkreises Miltenberg. Auf einige nach Ansicht des Rechnungsprüfungsausschusses wichtige Aussagen werde in diesem Zusammenhang hingewiesen:

Unter Berücksichtigung der anstehenden Investitionsmaßnahmen und der bereits bestehenden hohen Verschuldung seien auch in den kommenden Jahren finanzielle Engpässe und angespannte Haushaltssituationen zu erwarten, sofern sich die finanziellen Grundlagen des Landkreises nicht ändern. In dieser Haushaltsslage sei der Landkreis verpflichtet,

- den Verwaltungshaushalt wirtschaftlich und sparsam zu führen und
- bereits geplante Investitionsmaßnahmen im Vermögenshaushalt zu strecken.

Um die geplanten Baumaßnahmen innerhalb des Finanzplanungszeitraumes durchführen zu können, müsse auch in den nächsten Jahren eine ausreichende freie Finanzrate vorgehalten und eine zusätzliche Verschuldung vermieden werden. Mit der derzeit vorhandenen freien Finanzrate werde sich die Finanzierung der geplanten Maßnahmen nur erschwert gestalten lassen.

Eine Verminderung der vorhandenen geringen freien Finanzspanne, etwa durch eine Senkung der Kreisumlage könne sich der Landkreis Miltenberg z.Z. nicht erlauben. Die relativ hohe Verschuldung erfordere, dass mittelfristig genügend Einnahmen auch für den Schuldendienst zur Verfügung stehen. Bei dieser Beurteilung der Finanzlage seien Unabwägbarkeiten, etwa unausweichliche Steigerungen bei den Ausgaben im Sozialbereich (Einzelplan 4) noch nicht berücksichtigt.

Der sog. materielle Teil des Berichtes enthalte Feststellungen, die in Teilbereichen hohe Rückerstattungen an den Landkreis Miltenberg zur Folge haben. Diese betragen insgesamt ca. 231.500,00 €. Die Prüfungsbereiche umfassen die Kosten für Schülerbeförderung sowie Rückforderungen im Sozialhilfebereich.

Auch die Ausgaben des Landkreises Miltenberg für Kultur seien vom Rechnungsprüfungsausschuss detailliert geprüft worden. Des Weiteren hätten die Unterhaltungskosten für die Sparkassen-Arena in Eisenfeld einen weiten Raum eingenommen. Bei den Mehrwertsteuersätzen für Druckerzeugnisse sowie den Materialkosten im Verkehrswesen hätten erhebliche, zum Teil dauerhafte jährliche Einsparungen von ca. 15.000,00 € bis 20.000,00 € erzielt werden können. Auch der Aufwand des Landkreises Miltenberg für die Berufsfachschule für Kaufmännische Assistenten sei detailliert geprüft worden. Bei der Verrechnung der Tourismuswerbung hätten Korrekturen vorgenommen werden müssen. Die Feststellungen der Vorjahre seien endgültig bereinigt worden.

Am Schluss des Rechnungsjahres 2005 seien neue Haushaltseinnahmereste im Vermögenshaushalt in Höhe von insgesamt 6,381.429,00 € gebildet worden. In diesem Betrag seien Kredite in Höhe von 3,3500.000,00 € enthalten. Nicht beanspruchte Haushaltsreste aus Vorjahren in Höhe von 790.000,00 € seien in Abgang gestellt worden. Diese Summe beinhalte ausschließlich Investitionszuweisungen. Ebenso seien Ende 2005 neue Haushaltsausgabereste im Vermögenshaushalt gebildet worden, im Wesentlichen Ausgaben für die Baumaßnahmen im Schulzentrum Eisenfeld sowie für IZBB-Maßnahmen an den Gymnasien Erlenbach a.Main und Miltenberg. Die nicht verbrauchten Haushaltsausgabereste, die nicht ausgebucht worden seien, hätten zum überwiegenden Teil Ausgaben für die Heizzentrale im Schulzentrum Eisenfeld betroffen. Der Rechnungsprüfungsausschuss habe die Bildung aller Reste und die entsprechenden Buchungen geprüft. Mit dem Zustimmungsbeschluss zur Feststellung der Jahresrechnung 2005 werden vom Kreistag auch die Bildung dieser Haushaltseinnahme- und -ausgabereste sowie der Kassenreste und die Buchungen bei den Rücklagezuführungen anerkannt.

Zusammengefasst werde vom Rechnungsprüfungsausschuss festgestellt, dass die finanziellen Verhältnisse des Landkreises Miltenberg derzeit noch geordnet seien. Die Finanzlage sei aber auch im Jahr 2005 angespannt gewesen. Aufgrund des zwischenzeitlich sehr hohen Schuldenstandes sollte im Finanzplanungszeitraum auf eine Nettoneuverschuldung verzichtet werden, da sonst die Gefahr bestehe, dass die finanziellen Freiräume durch den ansteigenden Schuldendienst erheblich eingeschränkt werden. Der Ausschuss weise jedoch noch einmal darauf hin, dass für die kommenden Haushalte eine Verbesserung der freien Finanzspanne angestrebt werden sollte.

Die Jahresrechnung 2005 könne festgestellt werden. Der Prüfbericht könne von allen Kreistagsmitgliedern im Kreisrechnungsprüfungsamt eingesehen werden. Verwaltungsoberamtsrat Wöber sei auch gern bereit, den einzelnen Fraktionen über die Prüfungsfeststellungen zu berichten.

Landrat Schwing dankte den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses namens des Kreistages für die Ziel führend geleistete Arbeit. Es stimme, dass dieser Ausschuss sein Geld verdiene. Nach Meinung des Landrats sei der Rechnungsprüfungsausschuss in erster Linie ein beratender Ausschuss. Wenn zum 01.01.2008 beim Landkreis Miltenberg die Doppik eingeführt werde, werde sich auch die Aufgabenstellung des Rechnungsprüfungsausschusses ändern.

Kreisrat Berninger (Vorsitzender des Bayerischen Gemeindetages) bemerkte, dass die Feststellung, dass sich der Kreistag aufgrund des Ergebnisses 2005 und im Hinblick auf die Diskussionen zum Haushaltsplan 2007 keine Erhöhung der Kreisumlage leisten könne, durchaus richtig sei.

Durch den Kreistag wurde sodann auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 15.02.2007 und des Kreisausschusses vom 26.02.2007 einstimmig folgendes

#### **b e s c h l o s s e n :**

Die geprüfte Jahresrechnung 2005 wird gemäß Art. 88 LKrO mit folgenden bereinigten Soll-Ergebnissen festgestellt:

Verwaltungshaushalt:

Einnahmen und Ausgaben: 86,442.159,21 €

Vermögenshaushalt:

Einnahmen und Ausgaben: 18,985.759,34 €

Tagesordnungspunkt 5:

**Erweiterung, Umbau und Generalsanierung von Julius-Echter-Gymnasium/Staatl. Realschule im Schulzentrum Elsenfeld:**

**Zeitliche Verschiebung des III. und IV. Bauabschnitts**

Landrat Schwing teilte mit, dass bereits der Bauausschuss über eine zeitliche Verschiebung von sechs Monaten der Bauabschnitte III und IV von Julius-Echter-Gymnasium/Staatl. Realschule im Schulzentrum Elsenfeld diskutiert und einen Empfehlungsbeschluss gefasst habe. Für die zeitliche Verschiebung seien folgende Gründe angeführt worden:



- Anlässlich der seinerzeitigen Fassung des Grundsatzbeschlusses sei festgelegt worden, dass jeder einzelne Abschnitt der Baumaßnahme im Schulzentrum Elsenfeld vom Kreistag freigegeben werden müsse.
- Grundsatz und Ziel: Keine Nettoneuverschuldung.
- Dem Kreisbauamt soll die erforderliche Zeit zur ordnungsgemäßen Mängelbeseitigung im I. und II. Bauabschnitt gegeben werden.

Auf Befragen von Kreisrat Scherf, ob die Kommunikationsprobleme zwischen Kreisbauamt und Julius-Echter-Gymnasium zwischenzeitlich geklärt seien, teilte Landrat Schwing mit, dass anlässlich eines Ortstermins des Bauausschusses am 11.12.2006 die meisten Kritikpunkte hätten geklärt werden können. Es könne davon ausgegangen werden, dass damit die Probleme weitgehend beseitigt worden seien.

Der Kreistag fasste sodann auf Empfehlung des Bauausschusses vom 07.02.2007 einstimmig folgenden

### **B e s c h l u s s :**

Der Baubeginn der Abschnitte III und IV von Julius-Echter-Gymnasium/Staatl. Realschule im Schulzentrum Elsenfeld wird zeitlich wie folgt verschoben:

- III. Bauabschnitt: Von Sommer 2007 auf Frühjahr 2008.
- IV. Bauabschnitt: Von Sommer 2008 auf Sommer 2009.

Tagesordnungspunkt 6:

### **Haushaltsplan 2007 der Rohe'schen Altenheimstiftung Kleinwallstadt**

Heimleiterin Frau Weckwerth gab ausführliche Erläuterungen zum vorliegenden Haushaltsentwurf 2007 der Rohe'schen Altenheimstiftung Kleinwallstadt.

Landrat Schwing dankte Frau Weckwerth namens des Kreistages und betonte, dass die Rohe'sche Altenheimstiftung ein exzellent geführtes Heim sei, in welchem sparsam gewirtschaftet werde. Es werde gehofft, dass dies noch lange so bleibe.

Kreisrat Oberle trug vor, dass sich die gute Arbeit der Heimleitung sowie aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Meinung der CSU-Fraktion im vorliegenden Haushaltsplan wider spiegle. Auch die Zufriedenheit der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner sowie deren Angehörigen komme im Haushaltsplan zum Ausdruck. Im Jahr 2006 seien rd. 207.000,00 € für Rücklagen erwirtschaftet worden. Dem Gesamtbetrag an Rücklagen von ca. 1,9 Mio. € stehen nur ca. 1,383 Mio. € an Darlehen gegenüber. Dies sei ein Beweis für wirtschaftliches Arbeiten. Dafür gebühre Frau Weckwerth und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Lob und Dank. Die neuen Alteneinrichtungen in Elsenfeld und Mömlingen werden vermutlich Auswirkungen auf die Rohe'sche Altenheimstiftung haben. Dies müsse aber nicht unbedingt negativ gesehen werden, zumal sich die Rohe'sche Altenheimstiftung in der Vergangenheit viele Pluspunkte erarbeitet habe, die eine gute Ausgangsposition für die Zukunft bieten. Und die geplanten baulichen Verbesserungen werden die Aufenthaltsqualität für die im Heim untergebrachten betagten Menschen bestimmt noch erhöhen.

Kreisrat Spinnler sagte, die Haushaltsverabschiedung sei eine gute Gelegenheit für den Kreistag, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Alteneinrichtungen im Landkreis Miltenberg, speziell der Rohe'schen Altenheimstiftung Kleinwallstadt für die geleistete Arbeit zu danken. Während seiner Zeit als Bürgermeister von Sulzbach a.Main habe er alle Heime

kennen gelernt und könne bestätigen, dass die Rohe´sche Altenheimstiftung Kleinwallstadt ein sehr gut geführtes Heim sei, in dem sich nicht nur die Bewohnerinnen und Bewohner wohl fühlen, sondern auch die Besucher. Das Heim sei mit viel Liebe eingerichtet, so dass man als Besucher das Gefühl habe, willkommen zu sein. Die Freien Wähler wünschen, dass dort auch zukünftig Menschen zur Gemeinschaft werden.

Kreisrat Stappel sprach Dankesworte namens der Fraktion Neue Mitte. Er habe bereits im Kreisausschuss gesagt, dass die Rohe´sche Altenheimstiftung einen ausgezeichneten Ruf habe. Frau Weckwerth und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können stolz darauf sein, dass sie in einem Heim arbeiten, das das Aushängeschild des Landkreises Miltenberg sei.

Kreisrätin Weitz übermittelte den Dank der SPD-Fraktion für die von der Heimleitung und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Rohe´schen Altenheimstiftung geleistete Arbeit. Sie habe bereits in der Kreisausschusssitzung am 26.02.2007 gesagt, dass sich Qualifikation und angemessene Vergütung auszahle. Der Wirtschaftsbericht bestätige dies.

Weiter schlug Kreisrätin Weitz vor, dass in den kommenden Jahren nur ein einziges Kreistagsmitglied namens aller Fraktionen und Gruppierungen der Heimleitung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Rohe´schen Altenheimstiftung danken soll.

Kreisrat Scherf sprach namens der Ausschussgemeinschaft Bündnis 90/Die Grünen-ödp die Hoffnung aus, dass die Qualität der Arbeit nachhaltig bleibe und dankte ebenfalls der Heimleitung und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit.

Durch den Kreistag wurden sodann auf Empfehlung des Kreisausschusses vom 26.02.2007 einstimmig folgende

## **B e s c h l ü s s e**

gefasst:

1. Die Haushaltssatzung der Rohe´schen Altenheimstiftung Kleinwallstadt für das Jahr 2007 wird gemäß Art. 55 ff LKrO i.V. mit Art. 29 Abs. 3 Stiftungsgesetz erlassen.
2. Der Finanzplan, der von der Verwaltung der Entwicklung angepasst bzw. fortgeschrieben ist, wird angenommen (Art. 64 LKrO).
3. Der Stellenplan wird genehmigt.

Tagesordnungspunkt 7:

### **Beratung und Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2007 des Landkreises Miltenberg**

Landrat Schwing führte folgendes aus:

„Zum Bilanzstichtag standen den wachsenden Schulden und sonstigen Verbindlichkeiten des Landkreises endgültig keine Vermögenswerte mehr gegenüber. Das Eigenkapital ist vollständig aufgebraucht – so die Prüfer – und verweisen auf einen ungedeckten Fehlbetrag von fast 6 Mio. €. Handelsrechtlich stellt dieser Umstand den Sachverhalt der bilanzierten Überschuldung dar, konstatieren sie und fahren ebenso nüchtern fort, dass es dafür keine Konsequenzen gibt: Ein Insolvenzverfahren über das Vermögen des Landkreises ist unzulässig, so die Rechtslage.

Das Verschuldungstempo des Landkreises hat das nicht beeinflusst. Um zumindest 30 Mio. € jährlich wird der Schuldenberg des Landkreises erhöht. Die kumulierten Fehlbeträge des Landkreises belaufen sich schon auf 180 Mio. €. Am Kreditmarkt steht der Landkreis mit rd. 340 Mio. € in der Kreide, aus Leasingverträgen und anderen Verbindlichkeiten sind 150 Mio. € abzutragen und das Kassenkreditvolumen wird sich im Jahr 2007 auf 225 Mio. € ausweiten.“

Bevor Ihnen von noch weiteren Zahlen vielleicht schwindlig werden sollte, möchte ich an dieser Stelle mit meinem Zitat aus einem Bericht der FAZ vom 12.12.2006 über die Haushaltsituation eines hessischen Landkreises schließen: Die Zahlen sind Realität, aber zum Glück nicht bei uns. Aber wir werden ab dem nächsten Jahr die Doppik einführen und dann auch einen noch klareren Blick auf unsere Finanzsituation haben. Dieser alarmierende Bericht muss uns warnen. Wir müssen unseren Haushalt äußerst diszipliniert planen und uns dabei bewusst sein, dass die nachfolgenden Generationen nicht übermäßig belastet werden dürfen. Die Jahreshaushalte müssen mittelfristige Perspektiven schaffen, was wir mit dem Etat 2007 auch überzeugend tun. Aber wichtig ist dabei eine strenge „Disziplin“.

Wir dürfen uns auch nicht täuschen lassen von den guten wirtschaftlichen Nachrichten, die sich in den vergangenen Monaten nahezu überschlagen haben. Ich möchte an dieser Stelle einen Blick auf den Bund werfen. Danach sinkt das deutsche Staatsdefizit mit atemberaubendem Tempo. Nach den neuen Zahlen der amtlichen Statistiker lag dieses bezogen auf die gesamtwirtschaftliche Leistung nur noch bei 1,7 %. Das ist erfreulich, insbesondere mit Blick auf die Maastricht-Kriterien. Doch sollte über die Freude darüber nicht vergessen werden, dass damit nur der halbe Weg geschafft ist. In Zeiten der Hochkonjunktur sind der Staat und auch die Kommunen gefordert, Überschüsse zu erzielen, um für schlechtere Zeiten gewappnet zu sein. Wie schnell sich das Blatt wenden kann, haben wir ja in den vergangenen Jahren immer wieder erleben können.

Zur Jahrtausendwende war die deutsche Defizitquote noch niedriger, doch mit dem Aufschwung durchbrach Deutschland binnen zweier Jahre die von ihm selbst zum Schutz des Euro durchgesetzte Defizitobergrenze. Die Finanzminister kamen mit dem Sparen nicht mehr nach, so dass die Defizite und die Schuldenstände immer weiter anwuchsen. Meine Erkenntnis daraus ist, dass die Probleme der öffentlichen Haushalte vielfach in der Hochkonjunktur geschaffen werden. Deshalb darf die Disziplin nicht nachlassen und muss das oberste Gebot bei der Haushaltsführung sein.

Der Kreishaushalt ist das Fundament und der Perspektivengeber für die nächsten Jahre. Deshalb müssen wir uns mit den Zukunftsperspektiven für unseren Landkreis und unsere Region beschäftigen.

### **Visionen für die Zukunft**

Es ist heute eine gute Gelegenheit, noch einmal zu verdeutlichen, dass wir uns in einem globalen Wettbewerb befinden und einen Strukturwandel zu bewältigen haben.

### **Handlungsbedarf aufgrund negativer Beschäftigungsdynamik**

Wie in anderen Regionen auch, vollzieht sich am Bayerischen Untermain seit Jahren ein tief greifender Strukturwandel. Besonders sichtbar wird dies bei der Bekleidungsindustrie, die über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten von ca. über 20.000 Beschäftigten auf ca. 2.000 Beschäftigte geschmolzen ist. Bisher hat der Strukturwandel zwar noch nicht zu bruchartigen Verwerfungen in der Wirtschaftsstruktur geführt, die Region steht jedoch weiterhin in einem starken Wettbewerb mit Standorten, die wesentlich günstigere Kostenstrukturen aufweisen können. Dies betrifft den Bayerischen Untermain insbesondere als Region, die einen sehr hohen Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in der Industrie und im

produzierenden Gewerbe hat. Gerade in diesem Sektor kam es zum Abbau heimischer Arbeitsplätze. Zwar wurden im Dienstleistungssektor Arbeitsplätze geschaffen, diese konnten allerdings in den vergangenen Jahren den Verlust an Arbeitsplätzen im sekundären Sektor nicht kompensieren. Die stark industriell- und produktionsorientierte Wirtschaft ist vom Strukturwandel also besonders betroffen!

Aktuell sind im produzierenden Gewerbe 44,5 % (Landkreis Miltenberg 53,3 %), im Dienstleistungsbereich 54,6 % (Landkreis Miltenberg 45,6 %) und in der Land- und Forstwirtschaft 0,84 % der Beschäftigten tätig. Mit diesem Anteil am sekundären Sektor liegt die Region über dem bayerischen Durchschnitt von 37,4 % und im Rhein-Main-Vergleich (hier liegt der Durchschnittswert bei nur 25,6 %) sogar an erster Stelle.

Strukturell bedingt verzeichnet die Region daher seit einiger Zeit eine negative Beschäftigungsdynamik. Insgesamt kam es zu einem Rückgang der Beschäftigten im Zeitraum von 1999 bis 2005 von 5,4 %. Beim Vergleich sowohl mit bayerischen Planungsregionen wie auch mit dem Rhein-Main-Gebiet gibt es ernstzunehmende Anzeichen: Im diesbezüglichen Ranking der 18 bayerischen Regionen rangiert der Bayerische Untermain mittlerweile auf Platz 17, gefolgt nur von Oberfranken-Ost. Dies betrifft ebenso die Betrachtung innerhalb der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main. Auch hier ist eine unterdurchschnittliche Entwicklung zu verzeichnen.

**Chance im globalen Wettbewerb:  
Innovationsfähigkeit erhöhen – attraktive Rahmenbedingungen schaffen**

Auch wenn derzeit die wirtschaftliche Situation konjunkturell bedingt Anlass zur Beruhigung geben könnte, muss konstatiert werden, dass der Strukturwandel trotz allem weitergeht und sich die Verlagerung industrieller Arbeitsplätze fortsetzt. Es ist nach wie vor nötig, in die Standortqualität zu investieren, Kundenbindung zu betreiben und Image zu bilden.

Ein wesentliches Instrument hierfür ist die Bildung von regional verankerten Kompetenznetzen (Clustern). Diese haben eine große Bedeutung in der modernen Regionalentwicklung. Die räumliche Konzentration von Unternehmen, die untereinander horizontale wie auch vertikale Beziehungen haben, wirkt sich in aller Regel sowohl positiv auf die Unternehmen selbst wie auch auf den Standort aus. Die Unternehmen befinden sich zwar in einem Spannungsverhältnis zwischen Kooperation und Wettbewerb, profitieren aber letztlich von den vielschichtigen Verbindungen untereinander und zu den angeschlossenen Einrichtungen wie Kammern, Ausbildungsstätten, Verwaltungen etc.

Die Schaffung von Unternehmen orientierten Netzwerken ist also aus regionaler Sicht wichtig, um

- den Unternehmen in einem „kreativen Milieu“ die Entwicklung innovativer Produkte zu erleichtern und so deren Bindung an den Standort zu stärken,
- die Vertretung regionaler Interessen gemeinsam voranzutreiben und
- neue Unternehmen für den Bayerischen Untermain zu interessieren.

Deshalb haben wir auch unseren Beitrag zur ZENTEC GmbH um 60.000,00 € erhöht, damit dieser Prozess aktiv unterstützt wird. Der Haushalt sendet somit auch ein klares Signal für die Wirtschaftsförderung.

**Zentrale Ergebnisse und Nutzeneffekte**

Die Initiative Bayerischer Untermain hat in vielerlei Hinsicht den Grundstein für eine strukturierte Zusammenarbeit geschaffen, Akzeptanz und Vertrauen zwischen den regionalen Akteuren hergestellt sowie den gemeinsamen Willen, den Strukturwandel zu bewältigen, bis heute klar dokumentiert.

Übergeordnete Ergebnisse aus der strukturierten Arbeit sind:

- In den letzten Jahren hat sich in der Region eine Kultur der Zusammenarbeit entwickelt, die sowohl im Rhein-Main-Gebiet als auch in Bayern einmalig ist: Dauerhaft, sachlich, Fach orientiert und Partei übergreifend. Das entstandene Vertrauensverhältnis ist tragfähig und unabhängig von personellen Veränderungen. Es ist Basis und Fundament für alle Aktivitäten und ermöglicht schnelles, flexibles, einheitliches und verbindliches Handeln.
- Von ebenso zentraler Bedeutung ist die übereinstimmende Erkenntnis, dass es eines aktiven Standortmarketings bedarf. Durch die Tätigkeit des daraufhin aufgebauten Wirtschaftsförderungsnetzwerks kam es zu zahlreichen Betriebsansiedlungen und zu einer Verbesserung der Unternehmensbetreuung bzw. -förderung.
- Ein wichtiger Meilenstein ist die Einbindung in das Rhein-Main-Gebiet. Geprägt von der Tatsache, dass es enge funktionale Verbindungen in den Großraum Frankfurt gibt, ist es heute selbstverständlich, sich als Teil der Metropolregion zu definieren. Durch die etablierte Länder übergreifende Zusammenarbeit ist die Region in vielen Themenbereichen an Entscheidungen und Maßnahmen beteiligt, die den Ballungsraum Frankfurt-Rhein-Main insgesamt betreffen. Der Bayerische Untermain hat dadurch u.a. die Möglichkeit, sowohl die Vorteile der Metropolregion als auch seine Verankerung in den bayerischen Strukturen für Vermarktung und Regionalentwicklung zu nutzen.

Ich möchte hier den Stellvertretenden Vorsitzenden der BASF Mannheim, Eggert Vorscherau zitieren, der hierzu in einem Vortrag der Wirtschaftsförderung FrankfurtRheinMain ausführte: „Die Regionen sind die Gewinner der Globalisierung. Allerdings müssen die Regionen sich immer wieder selber überprüfen: Welche Stärken und Schwächen haben wir? Dabei dürfen wir uns nicht mit den Nachbarregionen vergleichen, sondern den Blick weltweit richten. Deshalb können wir uns Lokalpatriotismus und lokale Kirchtürme nicht mehr leisten“.

Ich kann diese Einschätzung nur unterstreichen und daraus folgern, dass dies genau auch die Richtung ist, welche wir seit Jahren im Landkreis Miltenberg und in der Region verfolgen. Unser Ziel muss es sein, in einigen Jahren eine attraktive Metropolregion vorweisen zu können. Dabei ist natürlich Mobilität eine Grundvoraussetzung für das Tempo in der Wirtschaft. Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur genießt hohe Priorität, was wir ja auch in unserem Haushalt mit dem Ausbau der Länder übergreifenden Verkehrsverbindung Kirchzell – Mudau dokumentieren.

Ebenso wichtig sind Hochschul- und Forschungseinrichtungen. Wir haben im Rhein-Main-Gebiet ein dichtes Netz. In der Region ist natürlich die Fachhochschule Aschaffenburg das Aushängeschild. Es ist ein guter Weg, dass gerade über die ZENTEC GmbH eine enge Kooperation mit dieser Bildungseinrichtung besteht und somit diese weiter bei uns verankert wird. Die Fachhochschule Aschaffenburg entwickelt sich zu einer „Schmiede für Nachwuchskräfte“.

Für unsere Wirtschaftsunternehmen ist es aber auch wichtig, dass diese Führungskräfte sich bei uns wohl fühlen, das Angebot muss also stimmen. Die „Lebensqualität“ ist ein entscheidender Faktor. Der Mix aus attraktiven Angeboten in den Bereichen Kunst, Kultur, Tourismus, Landschaft, Gastronomie sind entscheidend. Deshalb sind auch unsere Ansätze zur Optimierung der Tourismus- und Marketingstrukturen mit ihren vielfältigen positiven Auswirkungen so wichtig. Denn wir haben bei uns in Rhein-Main eine solche Vielfalt zu bieten, die uns schlichtweg einmalig macht. Diese Bewertung stammt nicht von mir, sondern wurde von Eggert Vorscherau vorgenommen. Also, wir müssen unsere Stärken weiter stärken. Und wenn wir keinen Erfolg haben, was ich nicht glaube, liegt dies nicht an den Grundvoraussetzungen, sondern an uns selbst.

## Sozialausgaben belasten den Haushalt

Die von mir eingangs geforderte Disziplin bei der Haushaltsführung ist nur soweit möglich, als wir nicht von übergeordneten Stellen beeinflusst werden. Trotz des warmen Geldregens von 1,77 Mio. Ausgleichszahlung für SGB II durch den Freistaat Bayern ist der Sozialetat immer noch das Sorgenkind.

Mit großer Sorge betrachte ich die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Von Januar 2006 bis Dezember 2006 ist die Zahl der Leistungsempfänger von 389 auf 434 gestiegen. Der Zuschussbetrag des Landkreises Miltenberg beträgt 1,5 Mio. €. Dieser Trend ist besorgniserregend. Ein Blick auf die bundesweite Statistik verdeutlicht dies: Nach einer Erhebung des Deutschen Landkreistages sind die Ausgaben für die Grundsicherung im Jahr 2005 gegenüber dem Jahr 2004 um 32 % gestiegen und betragen bundesweit 2,8 Mrd. €. Im Landkreis Miltenberg stieg der Zuschussbetrag von 574.000,00 € auf 1,3 Mio. €. Der Revision bei der Grundsicherung, die seit 2004 aussteht, kommt daher große politische Bedeutung zu. Ich möchte deshalb heute auch noch einmal mit Blick auf unsere Vertreter im Deutschen Bundestag betonen, dass den Landkreisen ein Ausgleich für die Mehrkosten, welche durch die Grundsicherung entstehen, gewährt werden muss.

Für den Landkreis Miltenberg ergeben sich für die Jahre 2003 bis 2006 folgende Zuschussbeträge:

2003: 499.766,00 €  
2004: 574.648,00 €  
2005: 1.317.863,00 €  
2006: 1.500.838,00 €  
3.893.115,00 € (812.599,00 € = 1 % Kreisumlage).

Der Bund ersetzt von den angefallenen Kosten der Grundsicherung 7,5 %. Die am 20.07.2006 vom Kreisausschuss einstimmig verabschiedete Resolution hat also ihre Berechtigung.

Dies hat natürlich Auswirkungen auf die finanzielle Situation der Kommunen. Allein in Bayern ist die kommunale Verschuldung lt. einer Statistik des Bayerischen Landkreistages im Jahr 2005 auf 22 Mrd. € angestiegen. Während die Verschuldung bei den Städten, Gemeinden und Bezirken prozentual abnahm, stieg diese bei den Landkreisen insgesamt um 4,9 %. Mit dieser Zahl möchte ich erklären, dass der nachvollziehbare Wunsch der Bürgermeister nach einer Senkung der Kreisumlage nicht realisiert werden kann. Wir haben inzwischen mit 55,2 Mio. € einen Schuldenstand erreicht, der uns im Vergleich zu den bayerischen Landkreisen einen Spitzenplatz einräumt. Die Pro-Kopf-Verschuldung liegt mit 420 € deutlich über dem Landesdurchschnitt von 290 €. Wir müssen daher alles daran setzen, unseren Schuldenberg zu vermindern.

Dieser Haushalt setzt ein klares Signal, dass dank einer wirtschaftlichen Haushaltsführung auch wichtige Impulse gegeben werden können. Ich verweise auf unsere rege Investitionstätigkeit insbesondere im Bildungsbereich. Allein weitere 7,3 Mio. € sollen in den „Rohstoff Geist“ investiert werden. Ich meine, ein wichtiges Signal zur Stärkung unseres Standortes.

Es gelingt uns, die Ausgaben ohne eine Netto-Neuverschuldung zu tätigen. Begünstigt wurde dies durch eine gute Unterstützung des Freistaates Bayern und die gestiegene Umlagekraft. Aber wir müssen diese positive Entwicklung für den Landkreis Miltenberg nutzen, um für schlechtere Zeiten wieder besser gewappnet zu sein. Gleichwohl lassen wir auch nicht nach, uns selbst weiter zu verbessern bzw. aktuellen Entwicklungen anzupassen.

## Neue Wege in der Jugendhilfe

Die Einzeletats wurden im Vorfeld der heutigen Sitzung ausführlich beraten. Lassen Sie mich nur auf einige Besonderheiten eingehen:

Im Bereich Jugendhilfe ist eine deutliche Verschiebung der Kostenansätze weg von der Heimunterbringung (minus 213.500,00 €) hin zu den ambulanten Hilfen (plus 137.500,00 €) vorgesehen. Dies ist nicht nur Kosten sparend, sondern ist auch für die Kinder und Jugendlichen viel effektiver.

Das Projekt „**Intelligentes Sparen**“ zahlt sich aus. Wir haben den Haushalt systematisch durchforstet und unnötige Ausgaben gestrichen. Dieser Grundsatz wird weiterhin konsequent angewandt.

In der **Personalbewirtschaftung** sorgen wir für kostenneutrale Personalveränderungen. Derzeit arbeitet eine interne Projektgruppe intensiv an der Einführung der leistungsorientierten Bezahlung nach dem TVöD.

Erfolgreich umgesetzt wurde auch die **Prozessoptimierung** im Bereich der Bauverwaltung. Hierüber haben wir berichtet. Die Erfahrungen mit der Neuorganisation sind gut. Für 2007 haben wir weitere Optimierungsuntersuchungen im Personalbereich vorgesehen. Wir arbeiten ständig daran, uns zu verbessern und die Qualität der Arbeit zu steigern. Wir wollen unserem Anspruch als „Kunden orientiertes Dienstleistungsunternehmen“ gerecht werden.

## Ausblick

„Die Zukunft gehört denen, die der nachfolgenden Generation Mut zur Zukunft geben.“ Der bekannte Journalist Peter Hahne hat dies einmal so treffend formuliert. Der Haushalt 2007 des Landkreises Miltenberg ist ein Mutmacher für die Zukunft. Er sichert wichtige Weichenstellungen zur Stärkung unseres Wirtschaftsstandortes im globalen Wettstreit der Regionen. Er symbolisiert auch die Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen. Disziplin und maßvolles Wirtschaften prägen das Zahlenwerk, das von Kreiskämmerer Straub in gewohnt souveräner Art vorbereitet wurde. Dafür danke ich ihm. Mit diesem Haushalt vermeiden wir Prüfungsfeststellungen, wie ich sie eingangs zitiert habe. Wir legen damit eine gute Basis für die nächsten Jahre. Ich bitte Sie deshalb, dem Haushalt 2007 mit einem Volumen von

84,7 Mio. € im Verwaltungshaushalt  
15,5 Mio. € im Vermögenshaushalt und  
100,2 Mio. € im Gesamthaushalt  
zuzustimmen.

Der Kreisausschuss hat am 26.02.2007 bereits mit deutlicher Mehrheit einen entsprechenden Empfehlungsbeschluss gefasst.

Kreisrat Andre, Vorsitzender der CSU-Fraktion, sagte folgendes:

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, betrachtet man den Kreishaushalt 2007, so könnte man leicht in Versuchung geraten, wegen einiger sehr positiver Indikatoren - keine Kreisumlageerhöhung, keine Netto- Neuverschuldung, breite Zustimmung - schnell zur Tagesordnung überzugehen. Aber Vorsicht! Ein Blick zurück auf die Haushalte der letzten fünf Jahre zeigt uns, dass der Haushalt 2007 ein Sonderfall ist und deshalb eine gewisse Schlüsselfunktion einnimmt. Um dies besser erkennen zu können, sollten wir das Vergangene noch einmal Revue passieren lassen.

2002 wurde in Zusammenhang mit dem Haushalt des Landkreises Miltenberg in der Presse noch von einem Land gesprochen, „wo Milch und Honig fließen.“ Schnell wendete sich das Blatt und man musste eher von einem Land sprechen, „wo Heulen und Zähneknirschen herrschen“. 2004 und auch 2005 wurde die Situation noch schlechter, so dass die Zeitung des Deutschen Landkreistages die Situation mit dem Schlagertext von Christian Anders „Es fährt ein Zug nach nirgendwo und niemand stellt von grün auf rot .....“ charakterisierte. Parallel dazu druckte die Zeitung Auszüge aus der eindrucksvollen Erzählung „Der Tunnel“ von Friedrich Dürrenmatt ab. In dieser wird dargestellt, wie ein Zug durch einen nicht enden wollenden Tunnel ins Nirgendwo rast. Die Masse der Mitreisenden merkt nichts, aber tröstet sich mit dem Gedanken, dass man schließlich fahrplanmäßig abgefahren sei, auf festen Schienen dahinfahre und es in der Schweiz viele lange Tunnel gebe. Da der Lokomotivführer längst abgesprungen war, fragt der Zugführer schließlich verwirrt die Hauptfigur, einen 24-Jährigen, der die Situation als erster durchschaute, was man tun kann. Dieser antwortet mit einer gespensterhaften Heiterkeit: „Nichts“.

Irgendwie konnten wir in den vergangenen Jahren die Situation nachvollziehen, allerdings ohne diese gespensterhafte Heiterkeit. Ausgelöst wurde die Situation durch den desolaten Zustand der Gemeindefinanzen, der eng mit dem Niedergang der Gewerbesteuer zusammenhing, der zum Teil aus der Konjunktur, hauptsächlich aber aus der Steuergesetzgebung und vor allem aus der Erhöhung der Gewerbesteuerumlage resultierte. Sehr viele Gemeinden und 2005 auch 50 % der deutschen Landkreise hatten unausgeglichene Haushalte. Die Hebesätze der Kreisumlage stiegen zum Teil drastisch an. Die Finanzen der Landkreise wurden zusätzlich durch Ausgaben für die Grundsicherung, die Jugendhilfe und den Reformen am Arbeitsmarkt (Stichwort Hartz IV) belastet.

Ganz so tatenlos wie die Menschen im Zug haben wir allerdings die Entwicklung nicht hingenommen. Zunächst wurde gespart. Es gab Kürzungen der freiwilligen Leistungen, bei den Lehr- und Unterrichtsmitteln, beim Bauunterhalt und bei der Unterhaltung der Kreisstraßen. Weitere Einsparungen brachte die Aktion „Intelligentes Sparen“ und der moderate Anstieg des Verwaltungshaushalts zeigt, dass unsere Verwaltung weitere Kostenfaktoren wie „Personalkosten“ im Griff behält. Wenn wir nun Anfang 2007 – um im Bild zu bleiben - endlich Licht am Ende des Tunnels sehen und feststellen, dass es sich tatsächlich um Tageslicht und nicht um künstliches Licht oder gar Irrlichter handelt, so hat das mit der Verbesserung der Einnahmesituation zu tun. Die Umlagekraft stieg nach dem erfreulichen Plus von 5,1 % im Jahr 2006 dieses Jahr noch einmal um 4,8 % auf 81,259 Mio. € und erreicht damit einen historischen Höchststand. Ursache dafür ist die Gewerbesteuer, die sich von ihrem Tiefstand im Jahre 2005 - nämlich 15,5 Mio. € – erholt hat. 2007 stieg sie auf den Rekordstand von 25,939 Mio. €, was einer Steigerung von 60 % entspricht.

Dass wir trotz der erfreulichen Entwicklung noch im Tunnel und nicht im freien Feld sind, lehren uns die Erfahrungen mit der Sprunghaftigkeit der Gewerbesteuer. Besonders wir Erlenbacher können davon ein Lied singen. Zur Vorsicht rät auch ein Blick auf die Einkommenssteuer. Diese stieg trotz der erfreulichen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nur um 408.763,00 € auf 30,5 Mio. €. Von dem Wert von 2002, nämlich 35,3 Mio. €, sind wir noch sehr weit entfernt. Insgesamt kann also festgestellt werden, dass unsere Einnahmesituation keineswegs als rosig bezeichnet werden kann.

Die Tatsache, dass sich die Erhöhung der Beschäftigtenzahlen nicht sofort auf die Haushalte der Kommunen auswirkt, zeigt sich vor allem durch einen Blick auf unser weiter bestehendes Ausgabenproblem: Stichwort Hartz IV. Für Wohngeld und SGB II müssen dieses Jahr wieder 9,739 Mio. € angesetzt werden. Hoffen wir – auch im Interesse der Leistungsempfänger -, dass wir diesen Betrag infolge einer weiteren positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt nicht vollständig ausgeben müssen. Ohne die auch noch für 2007 zugesagte Ausgleichszahlung des Freistaates Bayerns in Höhe von 1,77 Mio. € sähen wir aber „alt“ aus und wären um eine Kreisumlageerhöhung nicht herumgekommen, wovon wir Ende des letzten Jahres noch



ausgingen. Zu dem Ausgabenproblem unseres Haushaltes gehören natürlich auch die schlecht voraussehbaren Ausgaben in der Jugendhilfe und schließlich der Betrag von ca. 5,4 Mio. € für Zins und Tilgung, davon allein 2,6 Mio. € für Zinsen, von denen wir so schnell nicht loskommen werden.

Damit sind wir bei einem weiteren zentralen Punkt des Haushaltes 2007 angelangt, nämlich dem Schuldenberg von 55,2 Mio. €. Bei dessen Betrachtung sind folgende Tatsachen festzuhalten:

1. Der Schuldenstand, der bereits 54,46 % des Kreishaushaltes ausmacht, ist zu hoch.
2. Die aufgenommenen Gelder wurden nicht für konsumtive Ausgaben verbraucht, sie dienten also nicht dazu, etwa Löcher im Verwaltungshaushalt zu stopfen. Mit ihnen wurden ausschließliche Investitionen finanziert und zwar Investitionen in Schulen, d.h. in unseren wichtigsten Rohstoff Geist. Es zeugt von Mut, dass dieser Kreistag es auch in den zurückliegenden schweren Zeiten auf sich genommen hat, die eklatante Raumnot im Schulzentrum Elsenfeld zu beseitigen. Denn die größte Raumnot an unseren Schulen herrscht jetzt: Mit 7.837 Schülern - ohne Gymnasium und Realschule Amorbach und die Gastschüler z.B. in den Aschaffenburgern Schulen - erreichen die Schülerzahlen in diesem Schuljahr eine Rekordhöhe. Eine deutlich spürbare Entlastung wird es bis 2015 nicht geben. Die Baumaßnahme in Elsenfeld war also notwendig und der Zeitpunkt richtig. Leider lassen große Summen der zugesagten Staatszuschüsse von 10 Mio. € auf sich warten und müssen vorfinanziert werden, was natürlich den Schuldenstand in die Höhe treibt.

Nicht eingeplant war auch die Erhöhung des Schuldenstandes durch die IZBB- Maßnahmen an den Gymnasien in Erlenbach a.Main (2,929 Mio. €) und Miltenberg (2,875 Mio. €). Hätten wir wegen unserer Finanznot nicht an dem 4 Milliarden-Programm der Bundesregierung teilnehmen und auf insgesamt 2,3 Mio. € Zuschüsse verzichten sollen? Niemand wollte den beiden ebenfalls zur Sanierung anstehenden Schulen diese Maßnahmen vorenthalten, die doch erhebliche Verbesserungen und Chancen mit sich bringen. Aber mit diesen Maßnahmen waren eben auch eigene Ausgaben in Höhe von 3,5 Mio. € verbunden, die den Schuldenstand in die Höhe getrieben haben.

An diesen Beispielen wird deutlich, dass dieser Kreistag und seine Ausschüsse im Bereich der Investitionen für die Schulen Kürzungen und Sparmaßnahmen nur im Notfall in Angriff nimmt. Die zeitliche Verschiebung der Durchführung der Bauabschnitte III und IV im Schulzentrum Elsenfeld kann dazu gerechnet werden. Ich habe schon beim Baubeschluss auf die Möglichkeit der Spreizung des Zeitfensters verwiesen, was mir harsche Kritik einbrachte. Die Dringlichkeit der Raumnot und der Zeitrahmen des IZBB-Programms ließen einen Gebrauch dieses Instrument bisher nicht zu. Jetzt benutzen wir es einvernehmlich, und das ist gut so. Neben der Überzeugung, dass die Zukunftsinvestitionen in unsere Schulen wichtig sind, spielten bei vielen Kreistagsmitgliedern auch wirtschaftliche Überlegungen eine Rolle. Schließlich galt es, niedrige Zinsen und billige Preise auf dem Bauplatz auszunutzen. Außerdem wird die Überzeugung, dass in Zeiten der Stagnation und Rezession antizyklisches Verhalten der Öffentlichen Hand angesagt ist, allgemein geteilt. Dieser Partei übergreifende Konsens ist übrigens ein Erbe der ersten großen Koalition, die am 01.12.1966 mit so klangvollen Namen wie Kiesinger, Brandt, Leber, Katzer, Stoltenberg, Wehner usw. ihre Arbeit begann. Das Prunkstück dieses Zweckbündnisses waren Karl Schiller und Franz Joseph Strauß, im Volksmund nach Wilhelm Busch auch „Plisch und Plum“ genannt, die das „Stabilitäts- und Wachstumsgesetz“ schufen. Diese beiden Minister machten vor 40 Jahren wirtschaftspolitische Fragen populär. Damals gab es ein seither nie mehr gekanntes Zusammenspiel von Volkswirtschaftstheorie und politischer Praxis. Man diskutierte heftig über das deficit spending, das magische Viereck und die antizyklische Fiskalpolitik und anscheinend haben sich Teile der Theorie bis heute erhalten. Die Forderung, dass die öffentliche Hand die Auswirkungen einer Rezession abschwächen soll, wobei sie sogar kurzfristig Schulden machen kann, ist richtig, aber nur die halbe Wahrheit. Genauso gilt, dass in Aufschwungphasen der Schuldenstand nicht erhöht werden soll und in Boomphasen Schulden abgebaut

werden müssen. Das ist aber der Teil der Theorie, der schon immer schwerer zu verwirklichen war. Und weil nicht danach gehandelt wurde, ist die öffentliche Hand heute so verschuldet.

Wir befinden uns in solch einer schwierigen Entscheidungsphase. Noch letztes Jahr, als alle Ebenen der öffentlichen Hand bereits Schulden abgebaut haben, haben wir – wie die Landkreise insgesamt - noch einmal an der Schuldenschraube gedreht. Deswegen und angesichts der zarten Zeichens des Aufschwungs ist es notwendig, den Schuldenanstieg - wie schon in den letzten Jahren eigentlich von allen Gruppierungen und vom Rechnungsprüfungsausschuss gefordert - zu stoppen und zumindest auf eine Nettoneuverschuldung zu verzichten. Eine Senkung der Kreisumlage auf Kosten der Verschuldung wäre in dieser Situation nicht zu verantworten. Aber auch eine Senkung der Kreisumlage auf Kosten der Rücklagen wäre sehr kurzsichtig, weil damit in den nächsten Jahren mit Sicherheit an der Schraube Kreisumlage gedreht werden müsste, schon allein um das Minimalziel, keine weitere Verschuldung zu erreichen. Und wie sollten, wenn sich die Anzeichen der Konjunkturbehebung weiter verstärken, - was wir alle ja erhoffen - unsere Schulden abgebaut werden? Nur mit dem Instrument Kreisumlage wird das nicht gelingen!

Der vorliegende Haushalt 2007 enthält neben dem oft geforderten Stopp der Verschuldung in Ansätzen weitere Optionen zur Stabilisierung der Kreisfinanzen. Wenn jemand mit ihnen einen gangbaren Weg auch zur Verminderung der Schulden findet, so ist es unserer Kreiskämmerer Straub, dem ich im Namen der CSU-Kreistagsfraktion für seine umsichtige Haushaltsführung, seine Sorgfalt bei der Aufstellung und seine Geduld bei der Erläuterung des Haushalts herzlich danken möchte. Gleichzeitig gilt unser Dank Landrat Schwing und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landkreises für ihre engagierte, zuverlässige und bürgerfreundliche Arbeit. Wir sollten es nicht zulassen, dass diese im Zuge von parteipolitisch motivierten Kampagnen abgewertet wird.

Kreisrat Dr. Schüren, Vorsitzender der SPD-Fraktion, trug folgendes vor:

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, unserer Wirtschaft geht es gut und der Landkreis kann sich deshalb freuen über gestiegene Einnahmen in zahlreichen Bereichen, aber auch über moderate Ausgaben oder unerwartete Zuflüsse, mit denen in dieser Größenordnung niemand gerechnet hatte. Der vorliegende Haushalt ist, wenn man einmal vom Schuldenstand absieht - ich komme darauf später noch zurück - eher unproblematisch.

Und trotzdem sind die Haushaltsberatungen, wie ich sie nun seit 1996 mitmache, immer wieder eine rituelle Veranstaltung, in deren Vorfeld stimmungsvolle Szenarien von Klage, Mahnung oder gar Drohung heraufbeschworen werden, die zwischen Untergang und Auferstehung schwanken. Die Partitur, vom Landrat komponiert, immer wieder meisterlich orchestriert von unserem Kreiskämmerer Straub.

Lieber Herr Straub, zumindest mir haben diese Inszenierung immer Vergnügen bereitet. Aber seien wir ehrlich, auch nachdem Hartz IV und andere „Unbilden“ der Rot-Grünen Bundesregierung über den Landkreis hinweggefegt sind, sieht er nicht ganz so aus wie New Orleans im Jahre 2005 nach Katrina. Wie alljährlich also ganz herzlichen Dank an Sie, Herr Straub, für die Bereitschaft, uns ausführlich und kompetent durch das Zahlenwerk und seine Hintergründe, oder wie Sie vielleicht lieber sagen würden „Abgründe“ zu führen.

Die wesentlichen Daten und Zahlen sind heute bereits von Herrn Landrat Schwing genannt worden und die Presseberichterstattung im Vorfeld war ja umfassend und so informativ, dass ich nicht nach dem Motto verfahren möchte: „Es ist zwar schon alles gesagt, aber noch nicht von allen!“ Lassen Sie mich, sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen,

deshalb den Blick auf einige wenige Punkte lenken, die uns als Sozialdemokraten wichtig sind.

### **1. Schulzentrum Elsenfeld**

Wir alle haben den Neubau sowie die Generalsanierung des Schulzentrums Elsenfeld gewollt und auch so beschlossen und ich denke, es gibt wohl niemanden hier, der diese Entscheidung im Licht der tatsächlichen Kosten revidieren wollte. Es ist nun einmal so, dass es sich hierbei um eine der wohl wichtigsten Pflichtaufgaben des Landkreises handelt und um einen entscheidenden Beitrag zur Daseinsvorsorge. Ich freue mich, dass für die Sicherung und den Ausbaus des Bildungsstandortes Landkreis Miltenberg bisher immer alle politischen Kräfte mobilisiert werden konnten, um unsere Zukunft zu sichern und auch in den kommenden Jahrzehnten moderne, zeitgemäße Ausbildung gewährleisten zu können.

Angesichts der enormen finanziellen Belastungen haben auch wir einer Verschiebung der Baumaßnahmen der Abschnitte III und IV um jeweils ein halbes Jahr zugestimmt. Dies verhindert eine zusätzliche Kreditaufnahme und ist mit Blick auf das Gesamtergebnis, der zügigen Fertigstellung des Schulzentrums, akzeptabel.

Die SPD hat es sehr bedauert und deswegen auch nicht die öffentliche Diskussion weiter munitioniert, dass der Schulneubau nach der Einweihung so sehr im Zentrum öffentlicher Kritik gestanden hat. Dabei wurden wirkliche Mängel mit angeblichen Mängeln vermengt, was in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken konnte, die ersten 11 Mio. € seien nicht immer zweckdienlich ausgegeben worden. Ich denke, es sollte mit Blick auf die weiteren Bauabschnitte künftig auf allen Seiten dafür gesorgt werden, dass der Informationsfluss offen und zügig vonstatten geht, damit weitere Friktionen verhindert werden.

### **2. Berufsschulen**

Es geht uns aber nicht nur um Realschulen oder Gymnasien. In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal ausdrücklich den Willen der SPD-Fraktion bekräftigen, alles dafür zu tun, dass die berufliche Bildung, vor allem in den zukunftsorientierten Sparten, nicht aus dem Landkreis Miltenberg nach Aschaffenburg oder anderswohin abwandert. Die SPD wird sich mit allen Mitteln dagegen zur Wehr setzen, dass auf diesem wichtigen Feld der Landkreis ausgeblutet werden soll zugunsten von Oberzentren und Städten. Wir wissen, dass auch die Sicherung der beruflichen Bildung mit nicht unerheblichen finanziellen Mitteln (z.B. IT-Ausstattung) künftige Haushalte belasten wird. Aber berufliche Bildung kann und darf nicht Bildung zweiten Grades werden, sondern muss in Ausstattung und Qualität der Bildung an unseren weiterführenden Schulen entsprechen. Bei dieser Forderung nach der Sicherung der beruflichen Bildung im Landkreis handelt es sich keineswegs um Kirchturmpolitik nach dem Motto: Miltenberg contra Aschaffenburg, sondern um die Sicherung eines ganz wesentlichen Bildungsangebotes für unsere Schulabgänger, die kein Studium aufnehmen wollen oder können.

### **3. Deponie Guggenberg**

Die SPD bekennt sich eindeutig zum Deponie-Standort Guggenberg. Wir sind der Meinung, dass die Deponie erhalten und ggf. auch erweitert werden sollte, da die Schaffung einer weiteren neuen Deponie im Landkreis unmöglich erscheint und zudem ein äußerst langwieriges Verfahren eröffnet würde. Wenn wir schon eine eigene Deponie betreiben und die Möglichkeit der Erweiterung gegeben ist, dann sollte man diese sehr sorgfältig prüfen, ehe man sich erneut für einen weiteren Mülltourismus entscheidet. Ich darf auch daran erinnern, dass die Nachsorgekosten der Deponie von der Fa. ICP 2004 mit ca. 16 Mio € beziffert wurden. Nicht zuletzt spricht „die schönste Brücke Deutschlands“ („Main-Echo“ vom 19.10.1993) dafür, dass man sie auch weiterhin entsprechend nutzen sollte.

In diesem Zusammenhang lassen Sie mich sagen, dass wir den Plan, den Restmüll per Bahn nach Schweinfurt zur Verbrennung zu transportieren, keineswegs ad acta gelegt haben. Im Gegenteil. Angesichts der geänderten Verhältnisse werden wir mit der Westfrankenhahn Gespräche führen, um die Konditionen für einen Bahntransport des Restmülls von Erlenbach a.Main nach Schweinfurt auszuloten. Wir hoffen hier auf konstruktive Mitarbeit und Unterstützung der anderen Fraktionen dieses Hauses.

#### **4. Krankenhaus-GmbH**

Nach wie vor ist dem Kreistag die Abschlussbilanz der Krankenhaus-GmbH nicht bekannt. Dies hat zu Spekulationen über Millionen-Verluste der GmbH im Jahr 2005 geführt und auch zu erheblicher Missstimmung in unserer Fraktion. Wir haben auch deshalb die Initiative des Kollegen Frey unterstützt, weil wir sein Anliegen für berechtigt halten. Dass diese Zahlen heute nicht bekannt sind, obwohl sie längst vorliegen, ist mehr als ärgerlich, auch wenn vielleicht formale oder Termingründe ins Feld geführt werden können oder der Abschluss 2007 nicht haushaltsrelevant ist.

Die Liquidation der Krankenhaus-GmbH ist ein sehr sensibles Thema. Gerade deswegen ruht der Fokus des öffentlichen Interesses zu Recht auf den Krankenhäusern und dem neuen Betreiber Rhön-Klinikum AG. „Was bleibt unterm Strich übrig?“, habe ich gefragt („Main-Echo“ vom 14.01.2007). Auf die Antwort sind wir sehr gespannt.

#### **5. Tourismus**

Der viel zitierte „schlafende Riese“ Tourismus ist längst noch nicht erwacht, auch wenn man ihn mit der Bildung der TAGs schon kräftig gekitzelt hat. Wir waren und sind dafür, dass der Landkreis Geld in die Hand nimmt, um dieses wirtschaftlich wichtige Feld zu beleben. Aber dazu müssen dann auch alle ins Boot: die Gemeinden, die noch abseits stehen, weil sie glauben, in anderen Verbänden besser zu fahren oder nicht genug von einer TAG zu profitieren, aber vor allem auch die Privatanbieter, die noch lange nicht in ausreichender Zahl und mit hinreichend finanziellem Volumen ihren Beitrag zur Finanzierung des Tourismus geleistet haben. Hier gilt unser Appell, dass die Anschubfinanzierung mit öffentlichen Mitteln durch den Landkreis nur dann sinnvoll ist, wenn sie auch eine große Offensive der Privatanbieter auslöst. Wir sind da optimistisch. Sollte das Projekt aber an der mangelnden Mitwirkung der privaten Anbieter scheitern, werden wir die ersten sein, die für einen vollständigen Rückzug des Landkreises aus der Finanzierung streiten werden. Auf Dauer jedenfalls darf sich der Landkreis finanziell im Sektor Tourismus, der ja nicht zu den klassischen Pflichtaufgaben gehört, nicht binden.

#### **6. Kreisumlage**

Sehr geehrter Herr Landrat, meine Damen und Herren, wir haben einen Haushalt im Gesamtvolumen von 100 Mio. € vorliegen, davon 15,5 Mio. € im Vermögenshaushalt, wovon allein 6,3 Mio. € auf das Schulzentrum Elsenfeld entfallen. Wenn ich die im Vorfeld der Beratungen des Haushaltes 2007 diskutierten Themen rekapituliere, dann könnte man meinen, wir berieten nicht einen 100 Millionen-Haushalt, sondern würden, wie in den Jahren zuvor auch, nur die Möglichkeiten einer Senkung oder allenfalls einer Beibehaltung der Kreisumlagenhöhe ausloten. Bei dieser Diskussion ist die Gefechtslage immer dieselbe: Plötzlich mutieren Kreisräte zu Gemeinde- oder Stadträten und wenn sie gar Bürgermeister sind, zu mutigen Kämpfern gegen die Landkreisverwaltung, besonders gegen die Kämmerei. Im Abwandlung des markigen Wortes Wilhelms II. handeln sie dann nach dem Motto: „Ich kenne keinen Landkreis mehr, ich kenne nur noch Kommunen!“ Aus dieser Fehleinschätzung heraus wird dann alles getan, um die jeweilige Gemeinde vor einer Umlagenerhöhung zu bewahren. Ich erspare mir Beispiele aus den vergangenen Jahren. Jeder wird sich erinnern.

Plötzlich ist der Landkreis Gegner der Kommunen und sein gieriger Zugriff auf die Gemeindegasse gilt es abzuwehren.

Nehmen wir als Beispiel einmal die weiterführenden Schulen in unserem Landkreis. Wenn es um die Festsetzung der Kreisumlage geht, sind weiterführende Schulen plötzlich Kreisschulen, die man deswegen auch nur widerwillig mitfinanziert, weil ja die einzelne Gemeinde nichts damit zu tun hat. Ja, wer besucht denn diese Schulen? Kreisschüler, die keiner Gemeinde des Landkreises angehören? Oder sind es nicht vielmehr die Kinder aus Miltenberger, Großheubacher, Klingenberg, Elsenfelder, Niedernberger und Leidersbacher Familien? Solange die Kreisumlage, gesetzlich verankert, die größte Einnahmequelle für den Landkreis darstellt, obliegt den Gemeinden und ihren Vertretern im Kreistag auch die Pflicht, dafür zu sorgen, dass der Landkreis seine Pflichtaufgaben erfüllen kann, ohne von Jahr zu Jahr weiter in die Verschuldung abzudriften.

## 7. Schuldenstand

In diesem Zusammenhang noch etwas zum Schuldenstand des Landkreises, der mit 55,2 Mio. € Ende 2006 einen Höchststand erreicht hat und damit 54,46 % des Gesamthaushaltes beträgt. Würden wir die Verschuldungskriterien von Maastricht auch auf den Landkreis anwenden, sähe es nicht so rosig für uns aus. Wir feiern heute als eine tolle Errungenschaft, dass es 2007 keine Nettoneuverschuldung geben wird. Das begrüßen wir Sozialdemokraten wie alle anderen natürlich auch. Aber hat schon einmal jemand daran gedacht, wie man die Schulden zurückführen könnte, weg von diesen bedrohlichen 55 Mio. € mit steigender Tendenz? Ich denke, auch wenn es in diesem Hause (noch?) nicht mehrheitsfähig ist und auch in meiner Fraktion nicht ernsthaft diskutiert wurde, dass gerade in Zeiten, in denen Gemeinden wie Landkreis finanziell recht gut dastehen, angesichts der enormen Zukunftsinvestitionen in Bildung eine Erhöhung und nicht eine Beibehaltung oder gar Senkung der Kreisumlage zur Debatte stehen sollte.

Welchen anderen Weg sollte man denn gehen, wenn man ernsthaft beabsichtigt, Schulden real abzubauen, statt sie nur zu begrenzen? Nichts mehr zu investieren? Das kann es ja wohl nicht sein! Wann, wenn nicht in wirtschaftlich prosperierenden Zeiten, wäre die geeignete Gelegenheit, Schulden zurückzuführen? Der alljährliche Tanz um das Goldene Kalb „Kreisumlage“ jedenfalls ist dabei nicht zielführend.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, dass ich ein Auslaufmodell bin (wenn auch noch nicht im urologischen Sinne) und dass ich mit diesem Redebeitrag keinen Applaus ernten werde, ist mir ohnehin klar. Aber zum Glück muss ich ja mein Geld nicht in oder mit der Politik verdienen.

Die SPD hat im Kreistag bei den Haushaltsberatungen noch nie das Haar in der Suppe gesucht, um den Haushalt ablehnen zu können. Der von der Verwaltung vorgelegte Haushalt 2007 gibt uns keinen Anlass, ihm unsere Zustimmung zu versagen. „SPD sieht keinen Grund, Kreishaushalt abzulehnen“, so stand es in der Tagespresse zu lesen und dabei bleibt es.

Der eine oder andere von Ihnen vermisst vermutlich meine obligatorische Bemerkung zur Existenzberechtigung des Bezirks Unterfranken. Ich kann Sie trösten, auch wenn diese Einlassung heute - mutatis mutandis - anders ausfällt, als manche es vielleicht erwarten. Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident Dotzel, ich gratuliere Ihnen auch im Namen der SPD-Kreistagsfraktion herzlich zum neuen Amt und wünsche Ihnen Tatkraft und Erfolg bei der nicht einfachen Aufgabe. Vor allem wünsche ich Ihnen persönlich, dass die Bezirke in Bayern erst dann abgeschafft werden, wenn Sie aus Altersgründen ohnehin nicht mehr kandidieren können.

Kreisrat Dr. Fahn, Vorsitzender der Fraktion Freie Wähler, äußerte folgendes:

Die Freie Wähler sagen JA zum Haushalt 2007. Es ist ein solider Haushalt ohne Neuverschuldung, der auch Perspektiven für die nächsten Jahre bietet. Wir brauchen eine aktive Klimaschutz- und Familienpolitik sowie eine schnelle Umsetzung des neuen Tourismuskonzeptes.

Der Haushalt 2007 ist für Kreiskämmerer Straub ein besonderer Haushalt. Bereits zum 25. Mal legt er dem Kreistag einen Haushalt vor und geht natürlich von einer breiten Zustimmung aus und hofft auf einen einstimmigen Beschluss. Wir danken ihm für seine bereitwilligen mündlichen und schriftlichen Auskünfte.

In den vergangenen Jahren wurde das Thema Bezirk und Bezirkstag immer wieder thematisiert. In diesem Jahr lege ich hier einmal eine gewisse Pause ein. Die Freien Wähler gratulieren dem neuen Bezirkstagspräsidenten Dotzel recht herzlich zu dieser verantwortungsvollen Tätigkeit und hoffen auf positive Auswirkungen auf den Landkreis Miltenberg. Die Freien Wähler haben ja im Bezirkstag dem Haushalt zugestimmt, obwohl die Bezirksumlage durchaus um zwei Punkte hätte gesenkt werden können. Aber jetzt wird beim Bezirk alles besser, wenn nicht nur ein neuer Präsident da ist, sondern auch ein neuer Kämmerer.

Kommen wir zurück zum Haushalt des Landkreises Miltenberg.

### **1. Priorität 2007: Keine Neuverschuldung**

Das ist sinnvoll, aber auch eine Frage der politischen Bewertung. Wir alle preisen heute das große Lied eines Haushalts ohne Neuverschuldung und können so gut begründen, dass die Kreisumlage nicht gesenkt werden kann. Wir alle mahnen heute die hohe Verschuldung des Landkreises mit rd. 55 Mio. € an und argumentieren, dass es so nicht weiter gehen kann, denn die Verschuldung belastet die künftigen Generationen. Wir können das Problem der Verschuldung von zwei Seiten betrachten:

- In absoluten Zahlen: Hier haben wir mit 55 Mio. € einen Spitzenwert erreicht. Dies gilt auch Bayern weit. Unsere durchschnittlich Pro-Kopf-Verschuldung beläuft sich auf 420,00 €, der bayerische Durchschnitt liegt bei nur 290,00 €
- In Prozent vom Gesamthaushalt: Hier lagen wir 2006 bei ca. 55 %, Ende der 80-er Jahre und Anfang der 90-er Jahre wurden Werte von 57 % oder gar 67 % erreicht, aber niemand „malte damals den Teufel an die Wand“.

Wenn aber Schulden zugunsten hoher Investitionen z.B. in die Infrastruktur oder in die Bildung gemacht werden, dann kann man dies auch so wie Kreisrat Dr. Schüren im Jahr 2006 begründen: „Diese Investitionen in den Rohstoff Bildung werden sich für unsere Kinder und Enkel amortisieren“. Und Kreisrat Dr. Linduschka sprach in der gleichen Sitzung sogar von „guten Schulden“, die der Landkreis Miltenberg mache, weil die Investitionen dreimal so hoch wie die Neuverschuldung seien. Das Thema Schulden wurde schon oft thematisiert, aber nicht ernst genommen. 1999 lehnten die Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen den Haushalt wegen der zu hohen Verschuldung ab und argumentierten damals so: „ Die Altschulden fressen heute schon fast die Hälfte des Vermögenshaushalts auf und wir haben heute bereits eine Pro-Kopf-Verschuldung, die weit über dem bayerischen Durchschnitt liegt.“ Hatten sie unrecht? Ich meine nein, aber damals war die politische Bewertung eine andere. So hielt z.B. der Fraktionsvorsitzende der CSU, Kreisrat Andre damals auch eine Neuverschuldung für vertretbar, weil ja viele Zukunftsinvestitionen wie der Bau der Brücke zwischen Sulzbach a.Main und Niedernberg anstanden.

In einem Pressartikel vom 08.03.2006 wandte sich die Junge Union strikt gegen weitere Schulden, weil es auf Dauer nicht möglich sei, auf Kosten der künftigen Generationen zu leben. Hatte die Junge Union unrecht? Ich meine nein. Aber die politische Bewertung war

2006 wieder eine andere. Kreisrat Dr. Schüren empfahl der Jungen Union sogar einen Bildungskurs in aktueller Betriebswirtschaftslehre. 2007 hätte man durchaus auch wieder die Neuverschuldung leicht erhöhen und dies mit den zukunftsweisenden Investitionen in die Bildung und des noch tolerierbaren Verhältnisses von Schulden und Gesamthaushalt begründen können. Dann wäre vielleicht auch noch Luft für eine Senkung der Kreisumlage gewesen. Sie sehen also: Alles ist nur eine Frage der politischen Bewertung.

Im Jahre 2007 steht das Thema Verschuldung wieder auf der Agenda des Landkreises Miltenberg. Und in diesem Jahr stehen die Zeichen günstig, eine Neuverschuldung zu vermeiden und trotzdem die geplanten Investitionen, vor allem Schulzentrum Elsenfeld voranzutreiben. Und dies ist auch gut so.

## 2. Der Haushalt 2007 lebt von günstigen Rahmenbedingungen

Bei einer Gesamtverschuldung von 55 Mio. € (im Jahr 2000 lag die Verschuldung nur bei ca. 35 Mio. €) muss man endlich auf die Bremse treten. Daher schlägt die Verwaltung einen Haushalt mit unveränderter Kreisumlage von 45,5 % ohne Neuverschuldung vor. Auch in Zukunft müssen die Investitionen (wenn auch um sechs Monate gestreckt) für die Landkreisdgymnasien zügig fortgesetzt werden und hier sind finanzielle Anstrengungen notwendig. An einen Abbau der Schulden kann man heute noch nicht denken. Im Jahr 2007 müssen die Baumaßnahmen in den Landkreisdgymnasien zügig fortgesetzt werden. Immerhin verschlingt die Generalsanierung von Julius-Echter-Gymnasium/Staatl. Realschule im Schulzentrum Elsenfeld fast 4 Mio. € (der Vermögenshaushalt hat ein Volumen von 15,5 Mio. €).

Ansonsten ist die finanzielle Lage des Landkreises Miltenberg nach Auffassung der Freien Wähler recht positiv. Landrat Schwing sagte bei der Verabschiedung des Haushalts 2006: „Von den exakt 20 Haushalten, die ich bisher als Landrat eingebracht habe, gehört der Haushalt 2006 sicherlich zu den eher unproblematischeren.“ Der Haushalt 2007 ist eigentlich noch unproblematischer. Dazu einige Zahlen:

- Die Umlagekraft erreicht 2007 mit 81,3 Mio. € den bisher höchsten Wert in der Geschichte des Landkreises Miltenberg (+ 3,7 Mio. € gegenüber 2006 + 4,8%). Für das Jahr 2007 erwartet der Landkreis Miltenberg bei unveränderter Kreisumlage von 45,5 % 1,706 Mio. € Mehreinnahmen. Immerhin müssen die 32 Gemeinden in 2007 dem Landkreis knapp 37 Mio. € an Kreisumlage zahlen, wovon der Landkreis 13,5 Mio. € an den Bezirk überweisen muss.
- Die geplante Zuführung vom Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt beträgt 2007 + 5,561 Mio. €, was einer Steigerung um 2,3 Mio. € entspricht. Auch dies stellt einen Rekordwert dar. Von diesen geplanten Werten ist die tatsächliche Zuführung zu unterscheiden. So wurde z.B. 2006 eine Zuführung zum Vermögenshaushalt von 3,261 Mio. € geplant, tatsächlich betrug die Zuführung aber 7,71 Mio. €, was dem Landkreis Miltenberg in 2007 ein zusätzliches Plus von 4,45 Mio. € beschert. Die Gründe für diese positive Entwicklung sind u.a. die unerwartet eingegangenen 1,7 Mio. € Belastungsausgleich für Hartz IV und Minderausgaben von 340.000,00 € bei Hartz IV sowie 600.000,00 € weniger Ausgaben im Einzelplan 4 (Jugendhilfe). Insbesondere bei den Heimunterbringungen konnten rd. 500.000,00 € eingespart werden. Allerdings wissen wir aus der Vergangenheit, dass sich die Zahlen der Heimunterbringung schnell wieder ändern und den Landkreis finanziell belasten können.
- Die positive Entwicklung zeigt sich auch bei den Rücklagen (die Mindestrücklage beträgt ca. 826.000,00 €). 2004 trug die Rücklage 1,5 Mio. €, in den Jahren 2005 und 2006 2,8 Mio. € und am 01.01.2007 hat Kreiskämmerer Straub die Rücklage mit 4,1 Mio. € angesetzt. Ich erinnere hier nur an das Haushaltsjahr 2004, wo eine Erhöhung

der Kreisumlage von 3,5 % von der Mehrheitsfraktion CSU und Neue Mitte durchgesetzt wurde. Damals betrug die Rücklage nur ca. 1,5 Mio. € und die Freien Wähler wollten die Erhöhung der Kreisumlage durch Reduzierung der Rücklage auf Null oder die Mindestrücklage von ca. 780.000,00 € erreichen. Dies wurde abgelehnt. Man könnte sich also in das Jahre 2004 zurückversetzen und 2007 fordern, die Rücklage wieder auf den Stand von 2004 zu reduzieren. Dies wäre natürlich machbar und man könnte die Kreisumlage wieder auf 42,5% und damit auf den Stand vor 2004 zurückführen. Warum eigentlich nicht? Das Thema Senkung der Kreisumlage ist auch in anderen Landkreisen höchst aktuell und wird politisch angepackt. Im Jahr 2007 senken die Landkreise Bad Kissingen (- 0,4 %), Hassberge (- 0,5 %), Würzburg (- 0,8%) und Kitzingen(- 1 %) ihre Kreisumlage. Warum also nicht auch der Landkreis Miltenberg?

- Aber hier ist erst einmal der Kreisverband des Bayerischen Gemeindetages mit seinem Präsidenten, dem Erlenbacher Bürgermeister Berninger gefragt. Er lässt sich immer die finanziellen Daten der einzelnen Gemeinden schicken und bewertet sie im Vorstand des Bayerischen Gemeindetages, dem Vertreter der drei größten Fraktionen des Kreistages angehören. Hier wird zwar formal nicht abgestimmt, aber die Tatsache, dass der Landkreis Miltenberg einen Haushalt ohne Neuverschuldung aufstellt, stimmte auch den Kreisverband des Bayerischen Gemeindetages gnädig. Aber hier gibt es auch Ungereimtheiten: Warum stand im „Main-Echo“ vom 16.01.2007 in einem Bericht über eine Bezirksverbandsversammlung des Bayerischen Gemeindetages u.a. „für gesenkte Kreisumlage“. Da musste ja jeder interpretieren „für eine gesenkte Kreisumlage im Landkreis Miltenberg“. Diese Schlagzeile findet sich auch wieder in der Zeitung „Der „Bayerische Gemeindetag“ 2/2007 auf Seite 61. Alles ist also kein Zufall. Man muss dies nur so interpretieren: Senkung der Kreisumlage ja, aber nicht bei uns.
- Natürlich ist es so, dass viele Gemeinden im Landkreis Miltenberg derzeit einen Investitions- und Reparaturstau haben, was die Lebensqualität mittel- und langfristig senkt. Warum stimmen die Freien Wähler aber dennoch diesem Haushalt zu? Dazu einige Zahlen: Die Gemeinden in Bayern konnten im Jahr 2005 ihre Schulden um 87,7 Mrd. € abbauen, die Schulden der Landkreise dagegen haben im gleichen Haushaltsjahr um 106,4 Mrd. € zugenommen. Dies zeigt sich auch im Landkreis Miltenberg. Im Durchschnitt aller 32 Gemeinden liegt die Verschuldung im Verhältnis zum Gesamthaushalt bei 42 %, beim Landkreis Miltenberg liegt dieser Wert über 54 %. Ergebnis auch hier: Den Gemeinden geht es im Vergleich zum Landkreis gar nicht so schlecht.

### **3. Die Rettung 2007 war die Erstattung von 1,7 Mio. € aus dem Ausgleichfond Hartz IV - aber trotz einiger Problemfelder gute Perspektiven für die nächsten Jahre**

Die Freien Wähler haben bereits vor der Beratung des Haushalts 2006 immer wieder auf diesen Fond hingewiesen und immer wieder die Weitergabe dieses Betrages an die Kommunen gefordert. Obwohl unserer Kämmerer vom Finanzreferenten des Bayerischen Landkreistages bereits seit November 2005 wusste, dass es mindestens 270.000,00 € sein werden, stellte er aus Gründen der kaufmännischen Vorsicht nichts in den Haushalt 2006 ein. In der Haushaltsrede 2006 wies ich wiederum auf diese notwendige Rückerstattung hin und fragte noch anlässlich der Kreistagssitzungen im Juli und Oktober 2006 nach, wurde aber immer wieder vertröstet. Die Forderung der Freien Wähler zum Haushalt 2006, man solle den Kommunen diese Gelder zurückgeben, bezeichnete der Vorsitzende des Bayerischen Gemeindetages als „Erbsenzählerei“. Gott sei Dank sind es große Erbsen geworden und wir freuen uns, dass uns dadurch eine Erhöhung der Kreisumlage um 2 % erspart blieb. „Die Situation ist recht positiv“, schreibt Staatsministerin Stewens in einem Brief an alle kommunalen Gebietskörperschaften. In dem Topf waren 2005 60 Mio. €, im Jahre 2006 schon 78 Mio. € enthalten und Staatsministerin Stewens schreibt weiter: „Für das Jahr 2007 stehen die Zeichen ein Stück weit günstiger als für das Jahr 2006. Der Pool wird wegen einer sinkenden Belastung des Freistaates durch den Ausgleich Ost wei-



ter steigen. Hinzu kommt, dass sich der Bund im Jahr 2007 stärker an den Kosten für Unterkunft und Heizung beteiligen wird.“ Unser Kämmerer hat für den Haushalt 2007 wiederum nur 1,7 Mio. (wie 2006) eingeplant, aber es können durchaus mehr werden und dann können vielleicht einige Kreisräte wie der Mann des Mittelstandes, unser Kreis-handwerksmeister Stappel, von einer Senkung des Schuldenstandes träumen.

Gleichwohl gibt es noch drei Problemfelder: Die hohen Belastungen der Jugend- und Sozialhilfe und der Grundsicherung. Landrat Schwing beklagt sich immer wieder, dass die Resolution des Kreisausschusses gegen die zu hohe Belastung durch die Grundsicherung bisher nur mit einer „Eingangsbestätigung“ beim Empfänger versehen wurde. Bereits damals habe ich darauf hingewiesen, dass ohne ein geballtes Auftreten aller Landkreise das Ergebnis unbefriedigend sein wird und so ist es auch gekommen. Aber die Resolution musste ja sein. Im Jahr 2003 lehnte es der Kreisausschuss ab, selbst als Kläger nach Karlsruhe zu gehen, weil dies 6.000,00 € gekostet hätte. Aber wir haben dadurch die große Chance verpasst, aktiv mitzuwirken. Landkreis bzw. Kreistag ist also bei diesem Thema leider viel zu defensiv vorgegangen; das hat unserem Anliegen geschadet. Die Position der Freien Wähler ist schon immer klar und eindeutig: Der Bund muss die Landkreise bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung entlasten. Konkret: Wenn der Bund ein Gesetz erlässt, muss er auch die finanziellen Lasten tragen. Es gab auch schon ganz andere Positionen im Kreistag. Drei Jahre lang haben die Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen „gebetsmühlenartig“ ohne Begründung behauptet, die ganze Sache sei für den Landkreis Miltenberg kostenneutral, obwohl die Realität eine ganz andere Sprache spricht. Heute schweigen die Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen zu diesem Thema.

Was ist zu erwarten? Nach Aussagen des Bayerischen Landkreistages wird im Frühjahr 2007 vom Bundesverfassungsgericht eine Entscheidung zugunsten der Landkreise kommen. Das Gesetz wird als verfassungswidrig eingestuft werden. Allerdings werden die Landkreise nicht für alle zurückliegenden Jahre finanziell entlastet werden, so dass die Freude im Landkreis Miltenberg auch nur gedämpft sein wird.

#### **4. Was den Landkreis voranbringt und was nicht. Drei Beispiele:**

- Die Freien Wähler begrüßen das neue Tourismuskonzept des Landkreises Miltenberg, das den schlafenden Riesen Tourismus nach vorn bringen wird. Wir hoffen, dass möglichst alle Gemeinden Mitglied werden. Wir müssen alle Kräfte bündeln und daher auch ja zum geplanten Römermuseum in Obernburg a.Main sagen, weil wir dadurch überregional bekannt werden und den Markennamen Landkreis Miltenberg stärken. Nicht voran bringt uns z.B. die Bündelung von Aktivitäten dagegen z.B. in Form eines Bürgerentscheids, weil dies kontraproduktiv ist. Wir wünschen dem neuen Vorsitzenden des Vereins Mainland-Churfranken, Bürgermeister Bieber, alles Gute für seine neue Tätigkeit.
- Voran bringt den Landkreis Miltenberg auch eine aktive Familienpolitik und ein besseres Zusammenleben der Generationen. Dazu hatten die Freien Wähler zwei Anträge eingebracht. Zum einen sollten die Erfahrungen von Bündnissen für Familien z.B. aus dem Landkreis Nürnberg in den Kreistag Miltenberg eingebracht werden. Dieser Antrag wurde für nicht nötig gehalten. Warum eigentlich? Der Stadtrat Erlenbach a.Main hat vor kurzem als erste Kommune im Landkreis einen Familienbeirat einstimmig beschlossen. Im Landkreis Würzburg gibt es auch ein Familienbündnis. Warum also nicht im Landkreis Miltenberg? Weil der Antrag von den Freien Wählern eingereicht wurde? Man muss dies fast vermuten. Ein zweiter Antrag der Freien Wähler forderte einen Wettbewerb „Das familienfreundlichste Unternehmen“. Landrat Schwing und die Mehrheit des Ausschusses (also auch die SPD) lehnte diesen Antrag ab, weil dadurch angeblich die Verwaltung zu viele Aufwand habe, obwohl dies nur eine Frage der Organisation und des politischen Willens ist. Drücken wir es einmal positiv aus: Der Landkreis Miltenberg und damit auch der Landrat haben eine einmalige politische Chance verpasst, sich familienpolitisch zu profilieren.

Immerhin, und dies sei zur Ehrenrettung des Landrats gesagt, wurde der Antrag der Freien Wähler an die Initiative Bayerischer Untermain verwiesen und hier wurde der Antrag (jetzt formal nicht von den Freien Wählern, sondern von Landrat Schwing) positiv aufgenommen. Inhaltlich und thematisch passt die Anregung in den Themenkomplex „Familienmesse Bayerischer Untermain“. Der Wettbewerb „Das familienfreundlichste Unternehmen“ ist anlässlich der Familienmesse 2008 im Landkreis Miltenberg fest eingeplant und Jugendamtsleiter Winkler hat geschrieben: „Wir danken Ihnen nochmals für Ihre Anregung. Wir werden uns im Rahmen unserer Mitarbeit bei der Familienmesse dafür einsetzen, dass die Aktion ein Erfolg wird.“ Auch im Landkreis Miltenberg sollten wir das Zusammenleben der Generationen verbessern. So fördert z.B. der Bund das Zusammenleben der Generationen in Form von sog. Mehrgenerationenhäusern. Hier leben Kinder und Senioren unter einem Dach. Dies ist auch im Landkreis Miltenberg heute nicht mehr die Regel. Nach Informationen von Bundesfamilienministerin von der Leyen stellt der Bund dafür bis zum Jahr 2009 eine bereits bewilligte Fördersumme von 98 Mio. € zur Verfügung. In jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt soll es nach dem Wunsch des Familienministeriums in den nächsten Jahren eine solche Einrichtung geben. Warum stellt der Landkreis Miltenberg hierfür keinen Antrag?

- Voran bringt uns im Landkreis Miltenberg auch eine aktive Klimaschutzpolitik. Obwohl die Daten seit über 25 Jahren bekannt sind, ist nach dem neuesten Klimabericht die Zeit sehr günstig, noch stärker als bisher tätig zu werden. Wir müssen mehr als bisher tun und nicht immer nur auf andere schauen. Dazu einige Beispiele:
  1. Es kann nicht sein, dass von der Mehrheit immer nur aus Kostengründen abgelehnt wird, den Müll mit der Bahn nach Schweinfurt zu transportieren. In spätestens zwei Jahren wird die WestFrankenBahn ihren eigenen Güterverkehrbetrieb haben und könnte einsteigen.
  2. Vor einiger Zeit hat die Mehrheit im Ausschuss für Natur- und Umweltschutz (CSU und Neue Mitte) die Energieberatung seitens des Landratsamtes Miltenberg abgeschafft, angeblich ein Beitrag zum Projekt „Intelligenten Sparen“. Die Wirklichkeit hat uns eingeholt. Es war ein Sparen an der falschen Stelle. Hier sollte der Landkreis wieder aktiv einsteigen.
  3. Warum diskutieren wir im Landkreis Miltenberg permanent, ob das PPP-Modell für die Umgehung Miltenberg eine unwirtschaftliche Finanzierung darstellt oder nicht? Reden wir doch lieber über den ÖPNV. Auf Initiative der SPD haben wir im Dezember 2006 eine Resolution zur Erhaltung der Madonnenlandbahn und der Taubertalbahn verabschiedet, was sich positiv ausgewirkt hat. Wir haben Farbe bekant und beide Strecken konnten erhalten bleiben. Genau so könnten wir eine Resolution gegen die Kürzung der ÖPNV-Mittel verabschieden, denn die WestFrankenBahn, die ja alle zu Recht loben, hat um 130.000 Zug-km und 1 Mio. € gekürzt.
  4. Warum fördert der Landkreis Miltenberg – zumindest politisch nicht stärker die Ziele der WestFrankenBahn? Wir haben doch inzwischen ein durchgehendes Siedlungsband von Aschaffenburg nach Miltenberg und da bieten sich doch für die WestFrankenbahn ungeahnte Möglichkeiten. Elektrifizierung der Bahnstrecke von Aschaffenburg nach Miltenberg und evtl. eine doppelgleisige Fahrweise. Dann hätten wir sozusagen eine S-Bahn von Miltenberg nach Frankfurt, könnten die Zahl der Bahngäste noch erheblich steigern und damit die Straße entlasten. Dies könnten die Gebietskörperschaften in den nächsten Jahren finanziell fördern.
  5. Beim lokalen Klimaschutz wollen jetzt alle politischen Gruppierungen mitarbeiten und lt. CSU-Generalsekretär Söder soll auch die CSU zu einer Ökopartei werden. Sogar die Neue Mitte fordert in einer Pressemitteilung vom 01.03.2007 mehr Aktivitäten des Landkreises Miltenberg im Umweltschutz. Stellen Sie doch den angekündigten Antrag für die Einrichtung einer nichtöffentlichen Arbeitsgruppe. Ihrem Antrag wird die CSU sicherlich zustimmen und wir sind auch dabei.

Die genannten Punkte sind mehr in die Zukunft gerichtet und tangieren den Haushalt 2007 nicht oder nur unwesentlich. Doch bei der heutigen Kreistagssitzung geht es um die vorliegenden Zahlen für dieses Jahr und diese sind sehr solide und geben kaum Anlass zu Kritik, zumindest keinen Anlass, den Haushalt abzulehnen. Außerdem ist die konjunkturelle Situation derzeit recht günstig. Kommunale Fachexperten rechnen auch für die nächsten drei Jahre mit steigenden Gewerbesteuererinnahmen und einer steigenden Umlagekraft. Damit sollte es dem Landkreis Miltenberg gelingen, auch in den nächsten Jahren einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen. Die Freien Wähler unterstützen daher auch die Planungen von Landrat Schwing und Kämmerer Straub, die Kreisumlage in den nächsten Jahren bei 45,5 % zu belassen. Dies gibt auch den Kämmerern in den 32 Gemeinden eine wichtige Planungssicherheit, die nicht zu unterschätzen ist. Die Freien Wähler stimmen daher dem Kreishaushalt 2007 zu.

Kreisrat Stappel, Vorsitzender der Fraktion Neue Mitte, führte folgendes aus:

Sehr geehrter Herr Landrat Schwing, werter Herr Kreiskämmerer Straub, meine Damen und Herren der Verwaltung, werter Kolleginnen und Kollegen des Kreistages, auch die Fraktion Neuen Mitte hat den Kreishaushalt 2007 geprüft, sehr sorgfältig beraten und besprochen.

Sehr viele der im Haushalt angeführten Schwerpunkte von größeren Maßnahmen, Investitionen, wirtschaftlichen Einrichtungen, sowie sozialen Belastungen wurden von uns bei der Beurteilung einer kritischen und intensiven Hinterfragung unterworfen. Hier kamen wir im großen und ganzen zu dem Ergebnis, dass wir inhaltlich der Politik von Landrat Schwing voll zustimmen können. Denn der vorliegende Haushalt 2007 ist nach unserer Auffassung sehr ausgewogen, übersichtlich und solide erstellt. Deshalb möchte ich mich auch gleich an dieser Stelle bei dem Hauptverantwortlichen und Verfasser dieses Riesenzahlenwerkes, Kreiskämmerer Straub, für die gute und sehr übersichtliche Maßarbeit sowie für die persönliche sehr angenehme Beratung meiner Fraktion sehr herzlich bedanken.

Dass wir uns über gewisse Zahlen, Fakten, sowie sich im Betrieb befindende und noch anstehende Maßnahmen dieses Haushaltes 2007 auch einige Gedanken gemacht und besprochen haben, dürfte wohl eine Selbstverständlichkeit sein. Wir kamen zunächst zur Feststellung, dass das Gesamtvolumen des Haushaltes 2007 von sage und schreibe über 100 Mio. € eine Wucht für sich ist. Doch wenn man den Schuldenstand vom 01.01.2007 mit 55,230.000,00 € (das sind über 54 % des Gesamthaushalts) dagegenstellt und vergleicht, dann sollte man seine Bedenken und ein gewisses Maß an Besorgnis schon öffentlich zum Ausdruck bringen.

Denn dieser Netto-Höchstschuldenstand zwingt uns eigentlich, bei künftigen Investitionen entweder etwas auf die Bremse zu treten und die eine oder andere Maßnahme etwas zurückzustellen, oder grundsätzlich, wenn es der Haushalt nicht hergibt, bei Investitionen die nicht überaus dringlich sind, einen Maßnahmen- oder Investitionsstopp einzuführen. Denn allein von 2002 bis heute wurden über 21 Mio. € zusätzliche Schulden gemacht und dies ist für die Mitglieder unserer Fraktion enorm viel. Dass die Generalsanierung unserer Schulen, die den Landkreis allein über 22 Mio. € kostet, sehr stark zu diesem Schuldenberg beigetragen hat, steht hier außer Frage. Doch diese Investition für den Rohstoff Geist unserer Kinder und die Folgegeneration war auch aus unserer Sicht notwendig und unumgänglich und dazu stehen wir auch. Wir bitten aber auch, die Berufsschulen nicht zu vergessen. Außerdem sehen wir bei dieser Investition auch eine Stärkung des Eigenkapitals. Wichtig ist für die Fraktion Neue Mitte die Ankündigung von Kreiskämmerer Straub, dass im Jahr 2007 keine Neuverschuldung vorgesehen ist. Hierzu meine ganz besondere Empfehlung: „Bitte sparen, wo es möglich ist und investieren, nur dort wo es unbedingt erforderlich und nötig ist.“

Was uns erfreulich stimmte ist die Tatsache, dass wir im Jahr 2006 mit 3,018.000,00 € das höchste je erzielte Gebührenaufkommen hatten. Das könnte sich dieses Jahr wiederholen. Natürlich sollen hier die 7,7 Mio. € Zuführung als höchstes Ergebnis auch nicht unerwähnt bleiben.

Was die 1,7 Mio. € Zuschuss des Freistaates Bayern für Hartz IV ausgelöst und positiv bewegt haben, ist für uns mehr als erfreulich. Denn wir hatten ehrlich gesagt mit einer Erhöhung der Kreisumlage gerechnet, da wir ja über die Vorfinanzierung der Hartz IV-Kosten informiert waren. Dieser Zuschuss war aus unserer Sicht ein echter finanzieller Glückbringer.

Was die derzeitige Kreisumlage von 45,5 % betrifft, sollte man nach unserer Auffassung unter keinen Umständen an eine Minderung der Umlagenhöhe denken, denn wie sollte unser Schuldenberg nicht nur gebremst, sondern endlich auch einmal etwas abgebaut werden, wenn wir die Höhe der Umlage reduzieren. Bis jetzt haben wir zwar einen Schuldenstopp erreicht, aber noch lange keine Schulden abgebaut. Hier sollte sich auch im Interesse der Bürgermeister und des Landkreises etwas tun.

Was die Gewerbesteuer-Mehreinnahme von 2,676.354,00 € betrifft, muss man von einem großartigen und vor allen Dingen unerwarteten Ergebnis sprechen. Was dieses Rekordergebnis betrifft, könnte man auf eine wirtschaftlich bessere und erfolgreiche Zukunft unseres Landkreises hoffen. Dass sich die Umlagekraft um 3,750.000,00 € auf 81,250.000,00 € erhöht hat, wird von uns positiv bewertet, denn es sind ja immerhin 0,4 % Umlagekraft mehr als der Landesdurchschnitt.

Die Personalausgaben mit insgesamt 3,475.000,00 € entsprechen den tariflichen Grundlagen und können aus unserer Sicht nur durch die Einsparung von Personal abgebaut werden, was jedoch schwierig sein dürfte! Die Netto-Personalkosten in Höhe von 10,8 Mi. € haben nur durch die Beförderung einiger Beamter eine kleine Erhöhung erfahren.

Was die Krankenhausumlage von 2,2 Mio. € betrifft, haben wir keine Handhabe und Möglichkeit, diese sehr starke Kostenbelastung zu verändern oder evtl. dem Rhön-Klinikum zu übertragen.

Sorgen bereiten uns die steigenden Zahlen in der Heimunterbringung, der Sozialhilfe und die Grundabsicherung. Hierauf werden wir auch weiterhin ein genaues und wachsames Augenmerk verwenden.

Abschließend stellten wir in der Fraktion Neue Mitte fest, dass insgesamt gesehen im Landkreis Miltenberg sehr viel bewegt und auch geleistet wurde. Die Infrastruktur allgemein, die Bildung, die soziale Betreuung, Sport, Kultur, sowie vieles andere mehr haben in unserem Landkreis einen sehr hohen Stellenwert, den man anerkennen muss und nicht übersehen kann. Alles in allem gesehen, sind wir beim Haushalt 2007 an einem Punkt angelangt, der immer bei jeder meiner vorausgegangenen Haushalts-Reden ein echter Mittel- und Schwerpunkt war und zwar die Schuldenlast, die der Landkreis zu tragen hat. Heute haben wir aus meiner Sicht gemeinsam ein erstes Ziel erreicht. Es lautet bei einem Schuldenstand von über 55-Mio € Keine zusätzliche Neuverschuldung! Dies ist für die Fraktion Neue Mitte ein kleiner Erfolg, vor allen Dingen aber ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Herr Landrat Schwing und Herr Kreiskämmerer Straub, ich möchte Ihnen hier indirekt keine Vorwürfe machen oder Ihre Fachkompetenz und Fähigkeit in Frage stellen. Das wäre nicht berechtigt und ungerecht. Das ist auch nicht meine Art. Doch insgesamt gesehen müssen wir auf diesem vorgezeichneten Weg kontinuierlich, sachlich und wohlüberlegt weiterarbeiten. Wir müssen alle in der Zukunft anstehenden neuen Maßnahmen sehr vorsichtig und durchdacht planen sowie mit unseren Entscheidungen maßvoll umgehen, damit wir auf kei-

nen Fall den derzeitigen Schuldenstand jemals noch erhöhen. Dies wird bestimmt nicht leicht sein, doch gemeinsam schaffen wir es bestimmt.

Ich komme zum Schluss meiner Ausführungen. Die Fraktion Neue Mitte steht voll inhaltlich hinter dem vorliegenden Haushalt 2007 und stimmt ihm deshalb geschlossen zu. Ich bedanke mich im Namen meiner Kollegen bei Landrat Schwing, Kreiskämmerer Straub, allen verantwortlichen Abteilungsleiterinnen und -leitern, den beiden Landrats-Stellvertretern, Frau Fichtl und Herrn Eck, sowie allen engeren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Glückwünsche übermitteln wir dem neu gewählten Bezirkstagspräsidenten Dotzel. Wir erhoffen uns von ihm Unterstützung für den Landkreis Miltenberg.

Kreisrat Scherf sagte namens der Ausschussgemeinschaft Bündnis 90/Die Grünen-ödp folgendes:

Werter Herr Landrat Schwing, werter Herr Kämmerer Straub, werte Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, werte Gäste, werte Kreisrätinnen und Kreisräte, die Mitglieder der Ausschussgemeinschaft Bündnis 90/Die Grünen-ödp möchten diese Gelegenheit nutzen, all den Menschen zu danken, die diesen Haushalt erstellt haben und die im vergangenen Jahr die Rädchen im Landkreis Miltenberg erfolgreich gedreht haben. Jeder einzelnen Mitarbeiterin und jedem einzelnen Mitarbeiter in diesem Haus danke ich im Namen von Bündnis 90/Die Grünen und ödp stellvertretend für die Bevölkerung des Landkreises Miltenberg.

Den Haushalt für das Jahr 2007 haben die Kreisrätinnen und Kreisräte von Bündnis 90/Die Grünen und ödp geprüft und sind abschließend zu dem Ergebnis gekommen: Die Ausschussgemeinschaft von Bündnis 90/Die Grünen-ödp lehnt den Haushalt für das Jahr 2007 ab.

Lassen Sie mich dieses Ergebnis nach einigen grundsätzlichen Aussagen zum Haushalt kurz begründen: Keine Kritik von Seiten der Grünen werden Sie an der stabilen Kreisumlage hören. In Anbetracht der sehr hohen Verschuldung (Top 15 in Bayern) und der anstehenden Investitionen brauchen wir entsprechende Rücklagen.

1. Im **Einzelplan 4** nehmen wir positiv zur Kenntnis, dass der Zuschussbedarf von 16,1 Mio. € auf etwa 12,7 Mio. € gesenkt werden konnte. Hauptursache dafür sind Zuschüsse zu den Kosten für die Grundsicherung und Hartz IV, beides Bereiche mit dramatischen Fallsteigerungen. Im Bereich der Grundsicherung wurde offenbar, dass mehr Menschen an Armut leiden als gedacht, die sich bisher aus Scham nicht um Sozialhilfe bemüht haben. Bei Hartz IV schlug die schlechte konjunkturelle Lage der vergangenen Jahre zu, zudem widerlegen Mehrausgaben von 12 Mrd. € jährlich das Märchen, es handle sich bei dieser Reform um einen sozialen Kahlschlag. Auch Bundespräsident Köhler lobte in einem Interview mit der „ZEIT“ vom 01.03.07 die Maßnahmen der rot-grünen Regierung als Grundlage für den Wirtschaftsaufschwung. Weitere Entlastung brachten die Minderausgaben in Höhe von 600.000,00 € bei der Jugendhilfe, hauptsächlich weniger Heimaufenthalte. Dies bedeutet, dass sich die umfangreichen Investitionen (Mehrausgaben) in den vergangenen Jahren in niedrigschwellige Angebote sowie in die Prävention gelohnt haben. Rufe in diesem Haus nach Kürzungen bei der Jugendhilfe werden nun im Nachhinein ganz klar als falsches und kurzfristiges Denken entlarvt. Das Jugendamt ging den richtigen Weg – auch mit Unterstützung der Grünen. Heute müssen wir jedoch wieder vorausdenken und trotz größter Zufriedenheit mit dem Jugendamt zwei Fragen stellen:

- Ist das Personal des Jugendamtes noch quantitativ ausreichend aufgestellt? Ich möchte hier nicht populistisch auf dramatische Vorfälle wie in Bremen verweisen. Es geht mir darum: Reicht das Personal aus, um den Anforderungen gerecht zu werden. Heute ist es doch so, dass eine Meldung über eine vermeintliche Misshandlung eines Kindes

den gesamten Alltagsbetrieb (Gespräche mit Eltern, Fallbearbeitung etc.) des betroffenen Sachbearbeiters zum Erliegen bringt.

- Zusätzlich müssen wir überlegen, wenn wir zukünftige dramatische Ausgaben- und Fallsteigerungen vermeiden wollen, wie wir mit freiwilligen Hilfsangeboten die Familien erreichen können, die am meisten Unterstützung brauchen, die aber bislang die Angebote des Jugendamts nicht annehmen. Wir benötigen Strategien zum Aufsuchen der Familien, was Ideen, Personal und Geld kosten wird. Es dient aber der Hilfe und der Kostenvermeidung! Unser Jugendamt hat eine umfassende Imagekampagne verdient, damit es nicht als Kind-Wegnahme-Amt angesehen wird, sondern ins Bewusstsein der Familien die Familien unterstützende und beratende Funktion tritt.

Ein richtiges Zeichen setzt dieser Haushalt, dass er trotz der Unterschreitung 2006 den Haushaltsansatz für die Jugendhilfe stabil lässt. Das zeugt von vorausschauendem Denken und von Nachhaltigkeit, ein klarer grüner Pluspunkt durch einen grünen Akzent im Haushalt.

2. Unsere **baulichen Investitionen** gehen fast voll in den Bereich Schulen und haben die Einrichtung von Ganztageschulen zum Ziel. Damit geht der Landkreis Miltenberg in die richtige Richtung: Bildung und Ganztagesangebote sind Investitionen wert. Traurig, dass in der gesellschaftlichen Diskussion von Seiten katholischer Bischöfe diese Angebote in unsachlicher Weise diskreditiert werden. Wir unterstützen die Familien, machen Schulen zu Lebensräumen, die Freude am Lernen vermitteln und geben der Bildung unserer jungen Menschen einen hohen Stellenwert. Ganztageschulen und Bildungsinvestitionen, weitere grüne Akzente in diesem Haushalt.
3. Mit den weiteren **Maßnahmen im Straßenbau** können wir leben: Wir beschränken uns auf das Notwendige und geben Geld für den Straßenerhalt aus. Viel besser könnten wir Grüne das auch nicht machen, als beim Straßenbau so knauserig zu sein.

Bevor jetzt der Eindruck entstehen könnte, die Schwarzen könnten tatsächlich mit den Grünen (und der ödp) konkurrieren – ich erinnere an den Faschingsscherz „Ökopartei CSU“, um Hintenrum für einen weiterhin ungehemmten CO 2-Ausstoß einzutreten und im Landtag mit Kreisrat Rüth konkrete Klimaschutzinitiativen der Grünen abzulehnen, komme ich zu den Schattenseiten der Haushaltsberatungen:

1. Wo bleibt die Initiative unseres Landrats für den Bahntransport des Mülls nach Schweinfurt? Von Woche zu Woche fahren mehr Güterzüge durch den Landkreis Miltenberg, Firmen scheuen aus Verantwortungsgefühl keine Mehrausgaben, aber der Landkreis scheut vor der Hürde! Hier ist nur Stillstand zu beobachten, den wir nicht gutheißen können.
2. Wo ist der Wille zu sagen, das Nahverkehrsangebot im Landkreis Miltenberg ist wirklich gut, aber in Anbetracht der katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels müssen wir die Bemühungen noch deutlicher intensivieren. Seit Jahren z.B. fährt der Seckmauerer Bus durch Würth a.Main und erst jetzt ist ein City-Bus angedacht. Herr Dotzel, Herr Stapel, da hat man auch in Würth a.Main mindestens ein Jahrzehnt geschlafen und weder Seniorenresidenz noch Bahnhof in den ÖPNV integriert. Und Herr Andre, auf den Verweis des Kollegen Fahn und meinerseits auf den Klimawandel entgegneten sie am Montag: „Man muss nicht auf jedes Schlagwort, das durch die Medien geistert, aufspringen.“ Das ist der traurige Beweis dafür, dass es selbst im Jahr 2007 noch immer nicht jeder kapiert hat, dass der Klimawandel ein Umdenken und ein entschiedenes Handeln erfordert, und glaubt, das Thema Klimaschutz sei nur ein kurzzeitiges Phänomen. (Wobei: Wenn wir nicht handeln, könnten Sie Recht behalten, denn dann wäre bald alles zu spät!). Aber Herr Andre, wir spüren jetzt erst den Anfang! Wider besseren Wissens – wir schätzen Sie als einen sehr gescheiten Menschen, widersprechen Sie uns.

3. In diesem Zusammenhang ist die Abschaffung der kostenfreien Energieberatung als Ausdruck dummen Sparens, das es allem intelligenten Sparens zum Trotz auch gibt, zu erwähnen.
4. Wertstoffhof Süd: Dieses Dienstleistungsangebot für die Menschen im südlichen Teil des Landkreises Miltenberg werden wir solange nicht aufgeben einzufordern, bis es endlich da ist - zum Wohle der Menschen und der Umwelt. Dies lässt Grüne-ödp aber nicht nur inhaltlich, sondern auch formal Kritik üben. Ein fristgerechter Antrag zum Thema Wertstoffhof Süd vom Oktober 2006 wurde bis heute nicht mehr behandelt und zu diesen Haushaltsberatungen nicht mehr zugelassen. Es kann nicht sein, dass ein Haushalt im März 2007 beschlossen wird und ein Antrag dazu ist im Oktober 2006 zu spät gestellt ist. So werden die Haushaltsberatungen zur „Farce“, wenn der Kreistag nicht mehr die Möglichkeit hat, Posten und Zahlen im Haushalt zu ändern. Durch diese Art und Weise wird der Kreistag zu einem Abnickgremium degradiert.
5. Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren der CSU und der Neuen Mitte, Sie verhindern Transparenz. Sie legitimieren, dass bis heute nicht der Geschäftsbericht der Krankenhaus-GmbH aus dem Jahr 2005 vorliegt. Auch den aktuellen Stand evtl. Einnahmen aus dem Verkauf der GmbH dürfen die Kreistagsmitglieder nicht wissen. Wie kleine, unwissende Kinder sollen wir warten, bis es plötzlich heißt „Ja ist denn schon Weihnachten“ und unser Landrat kann glücklich das positive Ergebnis vermelden. Oder ist diese Einnahme ein Polster für mögliche Wahlgeschenke für die Landratswahl 2008? Herr Schwing, Sie sagen, der Verkauf der Krankenhäuser sei kein Grund den Haushalt abzulehnen. Da haben Sie Recht, aber ein Grund diesen Haushalt abzulehnen ist es, wenn wir Kreistagsmitglieder zu wenig Klarheit und Transparenz haben!
6. In diesem Zusammenhang erscheint es auch verständlich, weshalb wir ein Informationsfreiheitsgesetz brauchen, wie es auf der ganzen Welt von Kanada bis Indien, von Norwegen bis Südafrika, von Großbritannien bis Australien Usus ist. In acht Bundesländern und auf Bundesebene hat jeder Deutsche dieses Recht, das von den Bürgern nicht in nennenswerter Zahl missbraucht wird und unter dem noch keine Verwaltung in der ganzen Welt zusammengebrochen ist. Nur in Bayern wieder und im Landkreis Miltenberg, haben wir plötzlich Angst vor dem Bürger, und Kreistagsmitglieder sind gezwungen vor Gericht zu ziehen, um sich wichtige Informationen verschaffen zu können. Verwaltungsdirektor Fieger hält dieses Gesetz nicht für nötig – dabei hätten wir gerne eine Information darüber, wie Sie in der Vorlage zu dem Antrag des Kollegen Frey auf eine rot-grüne Initiative verweisen können, die schon längst abgelehnt ist. Das ist dreist und zeugt von wenig Achtung den Kreistagsmitgliedern gegenüber. Bisher haben die Bürger das Problem, ihre unmittelbare Betroffenheit nachweisen zu müssen. Der Wunsch des konservativen Blocks nach Geheimhaltung geht sogar so weit, dass die Neue Mitte Nichtöffentlichkeit von Arbeitsgruppen und Sitzungen propagiert – angeblich wegen der Profilierung. Geht es nicht viel mehr darum, dass die Öffentlichkeit nicht sehen soll, dass die Neue Mitte als einzige Gruppierung in diesem Kreistag in den vergangenen fünf Jahren keine einzige politische Initiative eingebracht hat?

Dieser Landkreis, seine Bewohnerinnen und Bewohner, verdienen mehr Vertrauen, mehr Transparenz und mehr Offenheit auch im Kampf gegen die Demokratiemüdigkeit, ein Informationsfreiheitsgesetz für die Bürgerinnen und Bürger und mehr Transparenz bei den Haushaltsberatungen und Geschäftsbeteiligungen des Landkreises Miltenberg. Ohne den letzten Geschäftsbericht der Krankenhaus-GmbH und einen Kenntnisstand über die aktuelle Lage eines möglichen Gewinns aus dem Verkauf fehlen uns wichtige Informationen zum Beschluss des Haushalts 2007. Wir haben ein Recht auf den Geschäftsbericht und verzichten in Verantwortung vor den Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises nicht darauf. Im Verbund mit den anderen Punkten sagen die Mitglieder der Ausschussgemeinschaft Bündnis 90/Die Grünen-ödp deshalb NEIN zum Haushalt.

Bezüglich des Mülltransports per Bahn bedauerte Landrat Schwing, dass einige Mitglieder des Ausschusses für Natur- und Umweltschutz die Informationen nicht weitergeben, denn sonst müssten sie wissen, dass die Landkreisverwaltung bisher in allen Ausschreibungen (auch in der laufenden Ausschreibung) den Bahntransport vorgesehen, jedoch noch nie ein Angebot dafür erhalten habe. Was den Geschäftsbericht der Krankenhaus-GmbH betreffe, sei zu sagen, dass sich die GmbH noch in der Liquidation befinde und noch keine Abschlusszahlen vorliegen. Es werde noch eine Sitzung des Verwaltungsrates der GmbH stattfinden und in der nächsten Kreistagssitzung der Bericht gegeben werden. Entscheidend werde sein, was am Schluss übrig bleibe. Nachdem der Kreistag die entsprechenden Verträge beschlossen habe, müsste allen Kreistagsmitgliedern der Inhalt der Verträge bekannt sein.

Das von Kreisrat Dr. Schüren angesprochene Thema „Tourismus“ sehe er (Landrat Schwing) nicht so dramatisch. Es gebe bereits 107 Leistungsanbieter in der TAG Spessart. Außerdem seien alle Bürgermeister sowie Stadtrats-, Gemeinderats- und Kreistagsmitglieder aufgefordert, sich zu engagieren. Der Landkreis Miltenberg werde dafür auch künftig Geld in die Hand nehmen müssen, weil der Tourismus ein Stück Wirtschaftsförderung sei. Es können in diesem Bereich Arbeitsplätze geschaffen werden, die genau so wichtig wie Arbeitsplätze in anderen Bereichen seien.

Kreisrat Dr. Fahn, sagte Landrat Schwing weiter, habe von guten und schlechten Schulden gesprochen und 55 Mio. € als gute Schulden bezeichnet. Einen Unterschied zwischen guten und schlechten Schulden gebe es aber nicht. Alle Schulden müssen zurückgezahlt werden.

Bezüglich der Grundsicherung habe der Landkreis Miltenberg dem Landkreis München den Vortritt gelassen, weil diesem dramatischere Zahlen als dem Landkreis Miltenberg vorgelegen hätten. In der Zwischenzeit habe man keinen Einfluss nehmen können. Es sei nur schon mehrmals gesagt worden, dass die Klage laufe und das Urteil bald ergehen werde.

Was das von Kreisrat Dr. Fahn angesprochene Mehrgenerationenhaus betreffe, müsste bekannt sein, dass sich der Landkreis Miltenberg schon längst auf diesem Weg befinde. Bereits anlässlich einer Dienstbesprechung im Jahr 2006 sei allen Bürgermeistern ein diesbezügliches Schreiben ausgehändigt und gebeten worden, darüber zu beraten und anschließend auf den Landkreis Miltenberg zurückzukommen.

Kreisrat Dr. Linduschka (FDP/UWG) lobte die mustergültige Aufstellung von bis heute 25 mustergültigen Haushaltsplänen durch Kreiskämmerer Straub. Lob zollte er ebenfalls den anwesenden Pressevertretern für ihre Berichterstattung über den Haushaltsplan 2007. Jede interessierte Bürgerin bzw. Bürger, hätte sich anhand dieses Berichtes hervorragend informieren können. Diese Information habe der Information eines Kreistagsmitgliedes nicht nachgestanden.

Erfreulich bezeichnet es Kreisrat Dr. Linduschka, dass, kaum sei Kreisrat Dotzel zum Bezirkstagspräsidenten von Unterfranken gewählt, die Bezirksumlage gesenkt werde, was für die Zukunft gute Aussichten erwarten lasse. Unter Hinweis auf die von Landrat Schwing und Kreisrat Dr. Fahn angesprochene Verschuldung des Landkreises Miltenberg vertrat Kreisrat Dr. Linduschka die Meinung, dass gute Schulden für Investitionen in die Sicherung und den Ausbau des Bildungsstandortes Landkreis Miltenberg seien. In den letzten zwei Jahren könne folgende Entwicklung der Verschuldung beobachtet werden: Beim Landkreis steigen die Schulden, bei den Städten und Gemeinden sinken die Schulden. Kreisrat Dr. Schüren habe daher die einzig richtige Forderung ausgesprochen. Nachdem die weiterführenden Schulen von Kindern aus allen zum Landkreis Miltenberg gehörenden Städten und Gemeinden besucht werden, gebe es nur eine einzige Lösung, nämlich eine Erhöhung der Kreisumlage.



Landrat Schwing habe zu Recht Prozentzahlen bezüglich des Wirtschaftssektors genannt, die seit 10 Jahren erstaunliche Rückstände aufweisen. Es bestehe ein hoher Rückstand. Wuchern könne der Landkreis nur mit dem Tourismus. Erstes Beispiel dafür seien die jährlich stattfindenden Klingenburg-Festspiele, zweites Beispiel die Arbeit der Kulturreferentin, beides tolle Werbeeffekte. Was jeweils im Kulturherbst geboten werde, gehe weit über die Grenzen des Landkreises Miltenberg hinaus und ermögliche vielen Menschen aus dem Landkreis sowie aus dem Rhein-Main-Gebiet Kultur zu familienverträglichen Preisen. Diese guten Preise seien einem geschickten Sponsoring zu verdanken.

Die Mitglieder der FDP/UWG werden dem Haushaltsplan 2007 aus voller Überzeugung zustimmen.

Kreisrat Berninger (Vorsitzender des Bayerischen Gemeindetages) bemerkte, er vermisse das Wort vom gemeindefreundlichen Haushalt. Es könne festgestellt werden, dass der Kreishaushalt nicht gemeindefreundlich sei. Richtig gemeindefreundlich wäre der Kreishaushalt jedoch nur, wenn es zu einer Senkung der Kreisumlage gekommen wäre. Schließlich hätten die Städte und Gemeinden in Zeiten, in denen es ihnen finanziell nicht gut gegangen sei, zwei Kreisumlageerhöhungen hinnehmen müssen. Spielraum gäbe es bei den 6 Mio. € Rücklagen des Landkreises Miltenberg. Diese hätten eine gesenkte Kreisumlage über zwei oder drei Jahre stabil halten können.

Dem Ziel, keine Erhöhung der Verschuldung, könne sich kein verantwortungsbewusster Politiker widersetzen, zumal die Streckung notwendiger Investitionen damit verbunden sei. Dem vorliegenden Haushaltsplan 2007 des Landkreises Miltenberg könne zugestimmt werden, allerdings mit der Bitte an den Kreistag, die Gemeinden und deren Finanzen auch in Zukunft nicht aus den Augen zu verlieren. Glücklicherweise gehe es bereits vielen Kommunen finanziell wieder besser, aber auch vielen Kommunen noch nicht. Die Kommunen des Landkreises Miltenberg können die vorgesehene Kreisumlage mittragen, wenn beim Tempo der Investitionen auch weiterhin gebremst werde, denn auch die Kommunen hätten notwendige Investitionen zu tätigen. Dann sei der Kreishaushalt, wie Landrat Schwing gesagt habe, auch ein "Mutmacher" für die Städte und Gemeinden. Seitens der Bürgermeister sei schon immer betont worden, dass sie Partner des Landkreises seien und zusammenarbeiten müssen. Die Gemeinden können dem Landkreis jedoch nur bei der Schuldentilgung helfen, wenn sie leistungsfähig seien.

Zur Bemerkung von Kreisrat Dr. Linduschka bezüglich der Kulturarbeit des Landkreises bitte er (Kreisrat Berninger) zu berücksichtigen, dass die Städte und Gemeinden einen Großteil dieser Arbeit leisten und die dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen.

Landrat Schwing sagte dazu, er finde es gut, dass Kreisrat Berninger in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bayerischen Gemeindetages schwierige Dinge angesprochen habe. Er glaube, dass der Landrat nicht immer wieder betonen müsse, dass der Landkreis Miltenberg umlagefreundlich sei. Es müsse anerkannt werden, dass der Landkreis viele Investitionen für die Städte und Gemeinden tätige. Er persönlich sehe eine Erhöhung der Kreisumlage nur als letztes Mittel und sei ein überzeugter Anhänger einer möglichst lang anhaltenden stabilen Kreisumlage. Der Landkreis Miltenberg sei bestrebt, die Kreisumlage stabil zu halten, aber im Hinblick auf die weiteren Bauabschnitte im Schulzentrum Eisenfeld müsse Sicherheit bei der Kreisumlage bestehen. Bezüglich der Aussage von Kreisrat Dr. Fahn, dass einige Landkreise in Unterfranken ihre Kreisumlage gesenkt hätten, sollte bedacht werden, dass diese Landkreise nicht den Standard des Landkreises Miltenberg bezüglich der Höhe der Kreisumlage hätten.

Kreisrat Fischer wies darauf hin, dass die Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen ständig die Fraktion Neue Mitte im Visier hätten. Tatsache sei, dass die Neue Mitte sehr aktiv sei. Ohne diese Fraktion hätte es im Kreistag z.B. keine Mehrheit für den Verkauf der Krankenhäuser

gegeben mit der Folge, dass es im südlichen Teil des Landkreises Miltenberg bald kein Krankenhaus mehr gegeben hätte. Auch wäre der Schlachthof Aschaffenburg schon ein paar Jahre geschlossen, wenn dessen Erhalt nicht auf Initiative der Neuen Mitte gesichert worden wäre. Des Weiteren habe die Neue Mitte eine in Konkurs gegangene Baufirma in Elsenfeld mit 60 Mitarbeitern gerettet.

Kreisrätin Marsilia bemerkte, dass sie seit den jährlichen Statements von Kreisrat Berninger, dem Vorsitzenden des Bayerischen Gemeindetages, im Kreistag wisse, was „Fensterreden“ seien. Wenn er konsequent wäre, müsste er den vorliegenden Haushaltsplan ablehnen.

Landrat Schwing sagte dazu, er habe die Äußerungen von Kreisrat Berninger als ausgewogen empfunden. Kreisrat Berninger vertrete 32 Bürgermeisterkollegen und dürfe deren Meinung mitteilen, selbst wenn diese von der Meinung des Landrats abweiche. Kreisrat Berninger habe klar gesagt, dass das gemeinsame Ziel von Landkreis und Kommunen eine möglichst niedrige und stabile Kreisumlage sein müsse.

Der Kreistag fasste sodann auf Empfehlung des Kreisausschusses vom 24.03.2006 bei drei Gegenstimmen folgende

### **B e s c h l ü s s e :**

1. Das von der Landkreisverwaltung vorgelegte Investitionsprogramm wird genehmigt (Art. 64 Abs. 2 LKrO).
2. Der Finanzplan, der von der Verwaltung der Entwicklung angepasst bzw. fortgeschrieben ist, wird angenommen (Art. 64 LKrO).
3. Der Stellenplan für die Verwaltung wird genehmigt (Art. 58 Abs. 3 LKrO).
4. Die Landkreisverwaltung (Landrat und Kämmerer) wird ermächtigt, die in § 2 Abs. 1 der Haushaltssatzung aufgeführten Kredite in Höhe von 2,800.000,00 € im Haushaltsjahr 2007 bei der Bank mit dem günstigsten Zinssatz aufzunehmen.
5. Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 wird gemäß Art. 55 ff LKrO erlassen.

Tagesordnungspunkt 8:

### **Bericht über die Beteiligungen des Landkreises Miltenberg an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts für die Geschäftsjahre 2002 bis 2006**

Verwaltungsoberratsrat Straub wies darauf hin, dass die Verwaltung nach Art. 82 Abs. 3 LKrO einen Bericht über die Beteiligungen des Landkreises an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen habe, wenn ihm mindestens 5 % der Anteile eines Unternehmens gehören. Der Landkreis Miltenberg sei an folgenden Unternehmen mit mehr als 5 % beteiligt:

#### **1. Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt GmbH (GKS)**

Hier sei der Landkreis Miltenberg mit weiteren 13 Gesellschaftern mit 6,25 % = 1,02 Mio. € beteiligt. Der Landkreis Miltenberg habe gegenüber GKS Bürgschaften für Darlehen in Höhe von 8,712.918,91 € übernommen. Zum 31.12.2006 seien von GKS alle Darlehen getilgt und die Bürgschaften zurückgegeben worden. GKS sei an anderen Unternehmen nicht beteiligt.

## 2. Medienbetriebsgesellschaft Region Untermain

Diese Betriebsgesellschaft sei zum 31.12.2005 aufgelöst und die Stammeinlage von 19.429,09 € zum 31.12.2005 zurückgezahlt worden. An Dividenden habe der Landkreis Miltenberg 51.771,29 € erhalten. Über die Auflösung der Medienbetriebsgesellschaft sei dem Kreisausschuss bereits am 08.12.2005 berichtet worden.

## 3. ZENTEC GmbH

Der Landkreis Miltenberg sei mit 17 % und weiteren 10 Gesellschaftern an der ZENTEC GmbH beteiligt. Das Stammkapital betrage 200.000,00 €. Die Bilanzsumme 2005 habe 474.000,00 € mit einem Jahresgewinn von 31.700,00 € betragen. Bei der ZENTEC GmbH seien sieben Personen beschäftigt. Die ZENTEC GmbH selbst sei an folgende Unternehmen beteiligt:

1. FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region  
1 % Geschäftsanteile (keine Nachschusspflicht)
2. Neue Materialien Würzburg GmbH  
(keine Nachschusspflicht).

## 4. MIL-Gründerzentrum Großwallstadt - Eigentumsgesellschaft ( GbR)

Der Landkreis Miltenberg sei an der Eigentumsgesellschaft (GbR) mit 54 % beteiligt. Das mit knapp 3,7 Mio. € veranschlagte Gebäude sei mit 1,6 Mio. Fördergeldern des Freistaates Bayern finanziert worden. Die Restsumme haben die Gesellschafter des MIL-Gründerzentrum Großwallstadt GbR aufgebracht. Die Beteiligung der Eigentümergesellschaft (GbR) setze sich wie folgt zusammen:

Landkreis Miltenberg	54,00 %
Sparkasse Miltenberg-Obernburg	25,67 %
Raiffeisenbank Obernburg	5,62 %
Raiffeisen-Volksbank Miltenberg	5,61 %
Gemeinde Großwallstadt	9,10 %

Das Gebäude sei vollständig an die Betreibergesellschaft ZENTEC GmbH vermietet.

## Nachrichtlich

An der Krankenhaus-GmbH sei der Landkreis Miltenberg zu 100 % beteiligt. Seit 01.01.2005 befinde sich die Krankenhaus-GmbH in Liquidation. Ein Abschlussbericht werde dem Kreistag noch vorgelegt.

Landrat Schwing teilte ergänzend mit, dass GKS Erfolgsgeschichte geschrieben habe. Wenn alles erfolgreich weiterlaufe, werde GKS nächstes Jahr schuldenfrei sein. Es müsse in diesem Zusammenhang bedacht werden, dass GKS seinerzeit 330 Mio. DM an Krediten aufgenommen habe.

Kreisrat Bieber wies darauf hin, dass die genannten Zahlen verdeutlichen, dass die Medienbetriebsgesellschaft Region Untermain nicht nur ihre Aufgabe erfüllt, sondern auch erfolgreich gearbeitet habe, was zu Beginn, auch bezüglich seiner Person, angezweifelt worden sei. Der Gesetzgeber habe dann das Gesetz geändert und gesagt, wenn örtliche Interessen über das lokale Fernsehen eingebracht werden sollen, solle das durch einen Medienverein geschehen. Dies sei erfolgt und er (Kreisrat Bieber) sei erneut als Geschäftsführer tätig gewesen. Zum 01.01.2007 sei das Gesetz erneut geändert worden. Danach brauchen künftig örtliche Interessen nicht mehr formuliert werden. Es sei daraufhin absehbar, dass es bald auch keinen Medienverein mehr geben werde.

Kreisrat Frey teilte mit, dass er am 13.12.2006 die Ergänzung der Tagesordnung für die Kreistagssitzung am 18.12.2006 um den Punkt „Geschäftsbericht 2005 der Krankenhaus-GmbH“ beantragt habe, weil dieser Punkt für die Haushaltsberatungen 2007 wichtig gewesen wäre. Er halte den von Kreiskämmerer Straub gegebenen Beteiligungsbericht für unvollständig, weil Angaben zur Krankenhaus-GmbH fehlen. Art. 82 LKrO sehe nämlich Angaben u.a. zur Geschäftslage vor. Hierzu seien keine Angaben gemacht worden, was Verstoß gegen geltendes Recht sei. Es sei bedauerlich, dass der Bericht erst mit großer Verspätung erstattet werden soll.

Landrat Schwing wies darauf hin, dass bis zum Jahr 2004 jährlich der Geschäftsbericht der Krankenhaus-GmbH gegeben worden sei. Seit dem Jahr 2005 gebe es aber keine Geschäftsberichte mehr, sondern nur noch Abwicklung. Sobald die Abwicklung beendet sei, werde dem Kreistag der entsprechende Bericht erstattet werden.

Kreisrat Frey vertrat dazu die Meinung, dass dann eben Null-Beträge ausgewiesen werden müssen. Weiter wies er darauf hin, dass die Verwaltung dem Kreistag aufgrund von Art. 82 Abs. 3 LKrO jährlich einen Bericht über die Beteiligungen des Landkreises vorzulegen habe. In den Jahren 2004 und 2005 sei diese nicht erfolgt. Könne davon ausgegangen werden, dass künftig wieder jedes Jahr der entsprechende Bericht gegeben werde?

Landrat Schwing sagte zu, dass künftig wieder jährlich ein Beteiligungsbericht gegeben werde. Er bat um Entschuldigung dafür, dass dies in den letzten Jahren unterlassen worden sei. Kreiskämmerer Straub sei der Meinung gewesen, dass, nachdem es keine Veränderungen gegeben habe, kein Bericht erforderlich sei.

Tagesordnungspunkt 9:

**Antrag des Kreisrates Ulrich Frey auf Verabschiedung einer Informationsfreiheitsatzung für den Landkreis Miltenberg**

Verwaltungsdirektor Fieger trug vor, dass Kreisrat Ulrich Frey mit Schreiben vom 11.12.2006 die Verabschiedung einer Informationsfreiheitsatzung für den Landkreis Miltenberg beantragt habe. Aus zeitlichen und organisatorischen Gründen sei es nicht möglich gewesen, den Antrag in die Sitzungsrunde im Dezember 2006 einzubringen. Deshalb sei er gemäß § 17 Abs. 5 Satz 3 der Geschäftsordnung für den Kreistag (GeschO) in die Tagesordnung der jetzigen Sitzungsrunde aufgenommen worden.

Weiter führte Verwaltungsdirektor Fieger folgendes aus:

1. Noch einmal zur Klarstellung: In seinem Kerngehalt sei der Satzungsentwurf von Kreisrat Frey auf ein Auskunftsrecht ausgerichtet, das ohne weitere Voraussetzungen, insbesondere ohne Vorliegen eines berechtigten Interesses gewährt werden soll (s. § 2 Abs. 1 Satz 2 des Satzungsentwurfs). Betrachte man den Personenkreis, um den es hier gehe, so sei dies ein relativ kleiner. Die meisten Bürgerinnen und Bürger erhalten bereits aufgrund anderer Vorschriften Auskünfte, etwa weil sie Verfahrensbeteiligte seien und weil sie deswegen tatsächlich ein berechtigtes Interesse hätten.
2. Der Wandel zur bürgerfreundlichen Verwaltung sei in der Vergangenheit gut und zur Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden gelungen. Er lasse sich deswegen von einer veröffentlichten Einzelmeinung nicht einreden, dass die Landkreisverwaltung in Bezug auf Bürgerfreundlichkeit einen Riesen-Nachholbedarf habe. Meinungsumfragen belegen nämlich genau das Gegenteil!

3. Der Landkreis Miltenberg wäre in ganz Bayern einer der einzigen, womöglich sogar der einzige, der eine solche Satzung hätte. Der dadurch entstehende Aufwand wäre mit den Grundsätzen und Zielen der Entbürokratisierung, Deregulierung, Verwaltungsvereinfachung und –beschleunigung nicht zu vereinbaren.
4. Punkt 3 c) der Sitzungsvorlage für den Kreisausschuss müsse natürlich geändert werden. Zwar hätten die Landtagsfraktionen von SPD (Drs15/4586 vom 13.01.2006) und Bündnis 90/Die Grünen (Drs15/4587 vom 16.01.2006) zu Beginn des Jahres 2006 Entwürfe zum Erlass eines Bayerischen Informationsfreiheitsgesetzes eingebracht. Der Bayerische Landtag habe jedoch am 18.10.2006 beide Gesetzentwürfe abgelehnt, so dass ein Gesetz des Freistaats Bayern dem Erlass einer lokalen Satzung nicht entgegenstehe.

Aber: Nobody is perfect – auch er (Verwaltungsdirektor Fieger) nicht. Da er nicht allwissend sei, habe er seine Informationen vom Bayerischen Landkreistag bezogen. Was in der Vorlage für den Kreisausschuss enthalten gewesen sei, sei schlicht und einfach der dort bekannte Sachstand gewesen. Dass dieser zeitlich überholt gewesen sei, tue ihm leid – für den Fehler in der Vorlage entschuldige er sich.

Der neue Punkt c) laute daher wie folgt: „Der Satzungsentwurf von Kreisrat Frey bezieht sich ausdrücklich nur auf „Informationen über Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises des Kreises“. Ausdrücklich ausgenommen sind folglich Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises und Staatsaufgaben. Beide Aufgabenbereiche – die übertragenen Aufgaben und die Staatsaufgaben – machen jedoch den größten Teil der Aufgaben des Landratsamtes aus. Die meisten Aufgaben des Landratsamtes sind keine Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises, sondern des übertragenen Wirkungskreises und Staatsaufgaben.“

Zum eigenen Wirkungskreis gehören z.B. der Haushalt, die Sachaufwandsträgerschaft über die Schulen, die Abfallbeseitigung, die Jugendhilfe, die Sozialhilfe oder das Landkeispersonal. Viele andere Aufgaben wie z.B. die Bauaufsicht, der Immissionsschutz, der Naturschutz, das Wasserrecht oder die Kommunalaufsicht seien reine Staatsaufgaben, auf die sich der Satzungsentwurf ausdrücklich nicht beziehe und auch nicht beziehen dürfe.

Und noch ein Weiteres: Der Unterschied zwischen eigenem Wirkungskreis einerseits und übertragenem Wirkungskreis sowie Staatsaufgaben andererseits sei sicher jedem Kreisratsmitglied geläufig. Jemandem, der nicht ständig mit kommunalen Aufgaben zu tun habe, sei dieser Unterschied aber in der Regel nicht bekannt. Deshalb sei es in der Praxis auch schwer zu erklären, dass jemand über einen bestimmten Bereich eine Auskunft erhalten und ihm über einen anderen Bereich eine Auskunft versagt bleiben soll. Hinzu komme, dass es in der Jugend- und in der Sozialhilfe einen sehr strengen Sozialdatenschutz gebe, so dass hier grundsätzlich keine Auskünfte erteilt werden dürfen, erst recht nicht in Personalangelegenheiten. Das Ergebnis wäre letztendlich Unverständnis, Frust und Verärgerung beim Bürger.

Fazit: Was im Hinblick auf den Personenkreis und auf die Themen einer Informationsfreiheitssatzung übrig bleibe, sei ein relativ kleiner Bereich. Dafür eine eigene Regelung mit einem eigenen zusätzlichen Prüfungsaufwand einzuführen, stehe einem ernst gemeinten Bürokratieabbau diametral entgegen.

4. Der Satzungsantrag von Kreisrat Frey gehe auf eine landesweite Aktion der ödp zurück, die - wohl aufgrund einer aktuellen Interessenslage - jetzt auch den Landkreis Miltenberg erreicht habe. Deswegen sei auch schon der Bayerische Landkreistag mit der Angelegenheit befasst gewesen, der empfehle, vom Erlass einer solchen Satzung abzusehen.

Es gebe hierzu einen Empfehlungsbeschluss des Kreisausschusses. Der Kreisausschuss habe den Antrag von Kreisrat Frey am 26.02.2007 mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Zur Berichterstattung in der Presse über die Behandlung des ödp-Antrages im Kreisausschuss Landrat Schwing äußerte Landrat Schwing folgendes:

- Wir haben, wie allen bekannt ist, im Landkreis Miltenberg nur eine einzige Tageszeitung. Wegen dieser Monopolstellung haben die Redakteure dieser Zeitung eine besondere Verantwortung.
- Die Berichterstattung und der Kommentar über die Kreisausschusssitzung vom 26.02.2007 waren ein Rundumschlag gegen den Landrat und die Landkreisverwaltung.
- Die rd. 15-jährige Arbeit von ca. 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ein kundenfreundliches Landratsamt hat es nicht verdient, auf diese Art und Weise kaputt geschrieben zu werden. Außerdem wird hier ein Problem hochstilisiert, das es so nicht gibt.
- Die relativ sachliche, wenn auch kontrovers geführte Diskussion im Kreisausschuss kann dafür nicht die Grundlage gewesen sein.
- Ich respektiere jede andere Meinung in dieser Angelegenheit, aber was hier betrieben wird, ist Stimmungsmache. Die allermeisten Betroffenen haben nämlich die geforderte Informationsfreiheit. Dies ist im Presseartikel aber nicht zu lesen.
- Wiederholt haben Sie, Herr Kümmel, versucht, Politik zu machen (siehe verschiedene Diskussionen zu den Krankenhäusern). Wenn Sie das wollen, dann sollten Sie sich über eine Liste für den Kreistag bewerben. Wenn Sie dann noch gewählt werden, können Sie in diesem Gremium Politik machen.
- Ich will kein Öl ins Feuer gießen, aber hier wird ein Thema zu einem riesigen Problem hochstilisiert, das es so nicht gibt. Das sind zumindest die Beobachtungen der Praktiker vor Ort.

Kreisrat Frey wies darauf hin, dass Verwaltungsdirektor Fieger zugegeben habe, dass Punkt 3 c) der Beschlussvorlage für den Kreisausschuss unhaltbar sei. Dies schwäche inhaltlich die Argumentation der Verwaltung und zeige, dass der Empfehlungsbeschluss des Kreisausschusses aufgrund falscher Argumentation zustande gekommen sei.

Kreisrat Frey führte weiter aus, dass Informationsfreiheit ein demokratisches Kontroll- und Mitgestaltungsrecht für alle Bürger sei. Wo Informationsfreiheit bestehe, hätten Bürger ein allgemeines Einsichtsrecht in die Akten der öffentlichen Verwaltung. Dadurch werden die Informationen, die in den Behörden vorliegen, das was sie eigentlich sein sollen: Öffentliche Informationen, die allen Bürgern gehören. Das Prinzip der Öffentlichkeit der Verwaltung trete an die Stelle des traditionellen Amtsgeheimnisses. Informationsfreiheit stehe im Einklang mit Recht und Gesetz. Schutzbestimmungen anderer Gesetze, wie etwa dem Datenschutz, bleiben gewahrt. Denn es gehe keinesfalls darum, das Privatleben eines Bürgers oder Firmenheimnisse auszuforschen. Deshalb seien auch die Bereiche, in denen es keinen allgemeinen Zugang zu Informationen geben könne, klar definiert.

In über 60 Ländern der Welt existieren schon solche Informationsfreiheitsgesetze. Seit 01.01.2006 sei auch in Deutschland das neue Informationsfreiheitsgesetz in Kraft. Nicht mehr die Geheimhaltung amtlicher Informationen sei nun die Regel, sondern ihre allgemeine Zugänglichkeit. Dieses neue Gesetz gelte allerdings nur für die Bundesbehörden. Aber auch in acht Bundesländern seien bereits Informationsfreiheitsgesetze verabschiedet worden. Aus diesen Bundesländern werden fast ausschließlich positive Erfahrungen gemeldet. Die Ver-

waltungen seien nicht unter einer Anfrageflut zusammengebrochen. Im ersten Evaluierungsbericht aus Nordrhein-Westfalen sei von einem verantwortungsbewussten Umgang der Bürger mit ihrem neuen Recht die Rede.

Den Kommunen stehe es frei, für ihren eigenen Wirkungskreis im Rahmen der Selbstverwaltung kommunale Informationsfreiheitsatzungen zu beschließen. Der vorliegende Antrag schließe eine Auskunftspflicht aus, soweit Informationen nach geltendem Recht geheim gehalten werden müssen. Mit einer Informationsfreiheitsatzung könne sich der Landkreis selbst dazu verpflichten, die Verwaltungsvorgänge im Landratsamt allgemein zugänglich, transparent und damit auch nachvollziehbar zu machen.

Verwaltungsdirektor Fieger spreche in seinem Beschlussvorschlag von der umfangreichen Medienberichterstattung und der Sitzungsöffentlichkeit: Nur nützt die Medienberichterstattung einem Bürger, der ein Anliegen habe, welches in den Medien nicht auftauche oder für dessen speziellen Fragen der Text nicht aussagekräftig genug sei, nichts. Wenn der Landrat die angesprochene Sitzungsöffentlichkeit wirklich ernst nehme, könnte er ja in Zukunft dafür Sorge tragen, dass

- die Tagesordnungen der öffentlichen Sitzungen rechtzeitig in der Presse oder auf der Homepage des Landkreises veröffentlicht werden,
- die Sitzungen außerhalb der Kernarbeitszeiten stattfinden und
- für die Dauer der Sitzungen - um den Erziehenden auch die Teilnahme zu ermöglichen - vielleicht im kleinen Sitzungssaal eine Krabbelstube eingerichtet werde. Dies liege derzeit außerdem im Trend!

Für eine Informationsfreiheitsatzung spreche durchaus, dass derzeit der Zugang zu Informationen für die Bürger stark reglementiert sei. Deshalb hätten sowohl die Bundesregierung als auch verschiedene Bundesländer entsprechende Gesetze erlassen. Sie hätten damit die Rechte der Bürger und damit die Demokratie gestärkt. Sie hätten aktiv der Politikverdrossenheit entgegen gewirkt und in ihrem Zuständigkeitsbereich für offenen und ehrlichen Umgang mit den Bürgern gesorgt.

Weiter spreche Verwaltungsdirektor Fieger den Prüfungsaufwand an, der bei der Bearbeitung der Akteneinsichtsansträge entstehen könnte:

- Viele Anfragen lassen sich wahrscheinlich recht einfach klären.
- Wir unterscheiden schon jetzt zwischen öffentlichem und nichtöffentlichem Teil einer Sitzung. Was öffentlich behandelt werde, könne ohne weitere Prüfung in Zukunft elektronisch veröffentlicht werden. Dadurch würde sich auch gleich die Einführung der amtlichen Krabbelstube erübrigen.
- Die Bürger seien der Souverän in unserem Land. Sie seien mündig und hätten Anspruch darauf, von den Behörden ernst genommen zu werden. Dazu gehöre der Rechtsanspruch, Fragen zu stellen und qualifizierte Antworten zu erhalten.
- Eine Gebührenordnung würde die Flut der Anträge sowie die Kosten für die Verwaltung in Grenzen halten.
- Man sollte eine sinnvolle Sache nicht deswegen verhindern, weil im Einzelfall Schwierigkeiten auftreten könnten.

Abschließend ein Zitat aus dem Unternehmensleitbild des Landkreises Miltenberg: „Die Bürgerinnen und Bürger sind unsere Kunden. Wir entscheiden bürgernah ..... Dadurch werden Entscheidungen für den Bürger transparent und eher akzeptiert.“ Kreisrat Frey bat, dazu zu helfen, dass aus diesem Anspruch Wirklichkeit werde.

Landrat Schwing bat Kreisrat Frey, über seinen Schatten zu springen. Verwaltungsdirektor Fieger habe sich dafür, dass er vom Bayerischen Landkreistag falsch informiert worden sei, bereits entschuldigt. Zur Forderung von Kreisrat Frey, die Tagesordnungen für Sitzungen rechtzeitig in der Presse und im Netz zu veröffentlichen, weise er darauf hin, dass alle Kreis-

tagsmitglieder und die Presse fristgerecht die Tagesordnungen für Sitzungen erhalten. Es bleibe der Presse überlassen, diese Tagesordnungen zu veröffentlichen. Mehr Informationen seien derzeit nicht möglich.

Kreisrat Scherf bemerkte, dass in der Kritik nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, sondern höchstens Verwaltungsdirektor Fieger und die Mehrheit der Kreistagsmitglieder stehen. Wenn der Wandel zu einer bürgerfreundlichen Verwaltung erfolgen soll, sei eine Informationsfreiheitsatzung notwendig. Es sollte in diesem Zusammenhang bedacht werden, dass hinter dem Antrag viele Bürgerinnen und Bürger stehen. Warum sonst würden Unterschriften gesammelt?

Weiter wies Kreisrat Scherf darauf hin, dass Verwaltungsdirektor Fieger in der korrigierten Vorlage gesagt habe, der Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sei vom Bayerischen Landtag „natürlich“ abgelehnt worden. Was bedeute das Wort „natürlich“?

Kreisrat Scherf appellierte sodann an die Mehrheitsfraktion im Kreistag, keine Angst vor den Bürgerinnen und Bürgern zu haben und heute der beantragten Informationsfreiheitsatzung zuzustimmen und zu bedenken, dass sich eine solche Satzung schon in mehreren Bundesländern und ganz Europa bewähre.

Verwaltungsdirektor Fieger stellte richtig, dass das Wort „natürlich“ wie folgt zu verstehen sei: Im Nachgang zur Kreisausschusssitzung habe er auf der Homepage des Bayerischen Landtages gelesen, dass die beiden Gesetzesinitiativen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt worden seien. Mit dem Wort „natürlich“ habe er sagen wollen, dass das, was Kreisrat Frey im Kreisausschuss gesagt habe, stimme.

Kreisrat Berninger wies darauf hin, dass argumentiert werde, wegen einer Informationsfreiheitsatzung sei noch nirgendwo der Notstand ausgebrochen. Tatsache sei doch, dass, um Informationen zu erhalten, noch nirgendwo Bürgerinnen bzw. Bürger Schlange stehen. Heute werde nun über etwas diskutiert, wozu vom Willen der Bürger her keine Notwendigkeit bestehe. Lediglich Kreisrat Frey und die Kreistagsmitglieder, die den vorliegenden Antrag unterstützen, versuchen Informationen zu erhalten, die sie über die Gemeinde- und die Landkreisordnung nicht bekommen.

Unter Hinweis darauf, dass der Redakteur des „Bote vom Untermain“, Herr Kümmel, in seinem Kommentar von einer „Partei übergreifenden Bürgermeisterfraktion im Kreistag“ geschrieben habe, bemerkte Kreisrat Berninger, dass er dies bis jetzt noch nicht festgestellt habe, er sich jedoch manchmal darüber freuen würde. Tägliche Arbeit der Bürgermeister sei es, die Interessen ihrer Bürgerinnen und Bürger zu vertreten. Dies geschehe nicht nur in Anliegen, in denen sie zuständig seien. Deshalb sei der Kommentar von Herrn Kümmel nicht nur falsch, sondern kränkend und ehrverletzend. Die Presse habe eine hohe Verantwortung. Jede Bürgerin und jeder Bürger habe ein Recht auf richtige Information durch die Presse. Noch höher sei die Verantwortung, wenn die Presse kommentiere, denn niemand außer einem Kommentator habe die Möglichkeit, Dinge in seinem Sinne darzustellen. Kreisrat Berninger bat deshalb Herrn Kümmel, künftig nicht mehr über Menschen zu urteilen, die er nur vom Ratstisch her kenne. Er sei bereit, sich in einem Gespräch mit ihm auszutauschen.

Kreisrätin Münzel stellte die Frage, wo die Pressefreiheit bleibe und unterbreitete folgenden Geschäftsordnungsantrag: Herrn Kümmel soll die Möglichkeit zur Äußerung gegeben werden, nachdem er direkt angesprochen und angegriffen worden sei.

Landrat Schwing bat, diesen Antrag zurückzuziehen, zumal Herr Kümmel signalisiert habe, dass er das nicht möchte. Weiter fragte er, wer gegen den Geschäftsordnungsantrag sprechen wolle.



Kreisrat Dr. Schüren nahm diese Gelegenheit wahr und erklärte, dass, würde dem Geschäftsordnungsantrag stattgegeben, ein Präzedenzfall geschaffen würde. Außerdem sei ein Rederecht für Personen, die nicht Mitglieder des Kreistages seien, durch keine Satzung abgedeckt.

In der daraufhin erfolgten Abstimmung wurde der Geschäftsordnungsantrag von Kreisrätin Münzel mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Kreisrat Dr. Fahn bezeichnete die pauschalen Angriffe des Landrats auf die Presse als ungerecht. Die Freien Wähler hätten sich auch schon oft über Presseartikel geärgert. In Deutschland bestehe jedoch Pressefreiheit und da müsse auch der Landrat Kritik aushalten. Außerdem sollte bedacht werden, dass die Presse schon mehrmals in Landkreisangelegenheiten geholfen habe. Was den Antrag auf Erlass einer Informationsfreiheitsatzung betreffe, sei unverständlich, warum ihm die Zustimmung verweigert werden soll, wenn argumentiert werde, die Bürgerinnen und Bürger hätten sowieso wenig Interesse daran. In Nordrhein-Westfalen z.B. seien bislang erst ca. 1.000 Anfragen gestellt worden.

Kreisrat Dr. Linduschka bemerkte, dass er sich vor ein paar Jahren auch geärgert habe, als Landrat Schwing in der Presse über die FDP hergezogen sei. Er sei der Meinung, dass über jemanden nur dann etwas Negatives gesagt werden dürfe, wenn er sich dagegen wehren könne. Er gebe Kreisrat Dr. Fahn Recht. Der Kreistag habe bezüglich des vorliegenden Antrages viele Argumente gehört, aber kein echtes Argument dafür, den Antrag abzulehnen, höchstens Misstrauen gegenüber dem Bürger. Tatsache sei, dass inzwischen alle Bürger in den Ländern, in denen es Informationsfreiheitsatzungen gebe, froh über dieses Mittel seien. Der Antrag von Kreisrat Frey sei eindeutig formuliert, Missbrauch sei ausgeschlossen.

Kreisrätin Almitter sagte, sie finde es unpassend, wie die Presse heute angegriffen worden sei. Wenn die Presse zum Vorteil des Landrats berichte, werde sie auch nicht angegriffen. Sie finde es furchtbar, was hier bezüglich des Antrages von Kreisrat Frey abgehe. Tatsache sei doch, dass es um mündige Bürger gehe, denen das Recht auf Informationen zustehe. Im Hinblick auf die bestehende Politikverdrossenheit und den Rückgang der Anzahl der Wähler halte sie es für wichtig, dass der Kreistag dem vorliegenden Antrag zustimme.

Kreisrat Ripperger bemerkte, dass der Antrag von Kreisrat Frey eine landesweite Aktion der ödp sei. Nachdem der Stellv. Kreisvorsitzende der Freien Wähler und Bürgermeister sowie der Stellv. Bundesvorsitzende der ödp beim Markt Weilbach tätig seien, könnte man annehmen, dass es dort schon eine Informationsfreiheitsatzung gebe. Das Gegenteil sei der Fall: In Weilbach seien zwei Drittel der Aufgaben in ein Kommunalunternehmen überführt worden und die Bürgerinnen und Bürger wissen nicht, dass Weilbach die am stärksten verschuldete Gemeinde Bayerns sei. Es wäre daher gut, wenn die ödp den Antrag auf Erlass einer Informationsfreiheitsatzung in Weilbach einbringen und damit dort die Informationsfreiheit sicherstellen würden. Wenn dann die Mehrheit der Städte und Gemeinden des Landkreises Miltenberg dem Vorbild Weilbachs gefolgt sei und positive Erfahrungen gesammelt habe, könnte auch der Kreistag Miltenberg über eine Informationsfreiheitsatzung nachdenken. Eine solche Satzung würde aber nur zu mehr Bürokratie führen. Weniger Bürokratie wäre zu erwarten, wenn der Kreistag wie bereits viele Gemeinden Bürgerfragestunden einführen würde.

Kreisrat Dr. Schüren sagte, seit er Mitglied dieses Kreistages sei, sei er über Äußerungen des Landrats noch nie so schockiert gewesen wie heute. Landrat Schwing habe massive Angriffe auf die Pressefreiheit vorgenommen und Herrn Kümmel vorgeworfen, er betriebe Stimmungsmache. Wie auch dem Landrat bekannt sei, gebe es einen Unterschied zwischen Berichterstattung und Kommentar. Der besagte Presseartikel sei fehlerfrei gewesen, der Kommentar nach Meinung des Landrats nicht, aber das Recht eines Redakteurs. Wäre der Kommentar negativ für SPD und Bündnis 90/Die Grünen ausgefallen, wäre Landrat Schwing

zufrieden gewesen. Er (Kreisrat Dr. Schüren) schätze Landrat Schwing sehr. Der Landrat müsse aber einsehen, dass derjenige, der Kritik an dem besagten Kommentar übe, die Axt an die Pressefreiheit lege. Kreisrat Dr. Schüren bat Landrat Schwing daher zu überlegen, ob er seine Angriffe auf die Pressefreiheit nicht zurücknehmen wolle.

Kreisrat Scherf bemerkte, dass heute Schaden für den Landkreis Miltenberg angerichtet worden sei. Die Äußerungen des Landrats seien seiner Meinung nach unpassend und eines Demokraten unwürdig. Wer so argumentiere, habe die Grundregeln der Pressefreiheit nicht verstanden.

Auf Empfehlung des Kreisausschusses vom 26.02.2007 fasste der Kreistag sodann mit Stimmenmehrheit (19 Stimmen dafür und 28 Stimmen dagegen) folgenden

### **B e s c h l u s s :**

Der Antrag des Kreisrates Ulrich Frey vom 11.12.2006 auf Verabschiedung einer Informationsfreiheitssatzung für den Landkreis Miltenberg wird abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 10:

### **Fortschreibung des Nahverkehrsplanes der Region Bayerischer Untermain**

Nach Erläuterungen zum vorliegenden Nahverkehrsplan der Region Bayerischer Untermain (NVP) durch Herrn Betz, Nahverkehrsbeauftragter der Landkreise Aschaffenburg und Miltenberg, teilte Landrat Schwing mit, dass die Arge ÖPNV den NVP beraten, gebilligt und zur Abstimmung empfohlen habe. Darüber hinaus habe der Kreisausschuss am 26.02.2007 bei zwei Gegenstimmen einen Empfehlungsbeschluss an den Kreistag gefasst.

Kreisrat Scherf dankte für den Bericht, wonach die Entwicklung im ÖPNV positiv sei. Für Unzufriedenheit gebe es zwar keinen Anlass, aber auf Dauer sei das Wachstum zu gering, weil vielen Menschen erst jetzt richtig bewusst werde, dass der ÖPNV verstärkt werden müsse. In der Kreisausschusssitzung am 26.02.2007 sei gesagt worden, dass die Maintalbahn im 30 Minuten-Takt zunächst nur bis Obernburg-Elsenfeld fahren werde. Dem könne er nicht zustimmen. Die Maintalbahn sollte nach Möglichkeit sofort bis Miltenberg fahren. Unter Hinweis auf die bereits erfolgten positiven Veränderungen im ÖPNV fragte Kreisrat Scherf, ob Herr Betz weitere Ideen habe, wie das bestehende Angebot verbessert werden könne.

Kreisrat Dr. Fahn bemerkte, dass die Freien Wähler die Arbeit von Herrn Betz sehr schätzen und unterstützen. Was Kreisrat Scherf gesagt habe stimme. In den letzten Wochen habe sich im Bewusstsein der Menschen viel verändert. Im vorliegenden NVP stehe zwar, dass der ÖPNV steigen werde, aber eine konkrete Prozentzahl werde nicht genannt. Für die Freien Wähler bedeute dies, dass im ÖPNV noch mehr als geplant getan werden müsse.

Kreisrat Dotzel äußerte, dass sich der ÖPNV im Landkreis Miltenberg hervorragend entwickelt habe. Besonders dankbar sei er für den geplanten Citybus für Würth a.Main. Unter Hinweis darauf, dass es in Südbayerns bereits überall barrierefreie Zugänge gebe, bat Kreisrat Dotzel, diesen Komfort auch am Bayerischen Untermain nicht erst 2009, sondern nach Möglichkeit früher anzubieten.

Kreisrätin Münzel erklärte, sie werde gegen den vorliegenden NVP stimmen, weil sie der Meinung sei, dass die Messlatte im ÖPNV höher gelegt werden müsse. Sie nutze die Maintalbahn als S-Bahn und bemängle die Lücke zwischen 20.41 Uhr bis 23.00 Uhr auf der Stre-

cke Aschaffenburg – Miltenberg. Sie sei in Aschaffenburg berufstätig, habe oftmals Abendtermine und wolle nicht gezwungen sein, mit dem Auto zu fahren.

Herr Betz teilte mit, dass die Verkehrsunternehmen daran interessiert seien, zu wachsen. Eine fixe Vorgabe dazu werde nicht für erforderlich gehalten. Die Weiterführung der Maintalbahn im 30 Minutentakt wäre schön, aber derzeit nicht möglich, weil noch Infrastruktur-Ausbaumaßnahmen erforderlich seien. Aus diesem Grund soll der Einstieg zunächst bis Obernburg-Elsenfeld erfolgen. Bis Miltenberg werde die Maintalbahn weiter im Stundentakt fahren.

Eine Zunahme der Fahrzeugdichte, wie von Kreisrat Dr. Fahn angesprochen, bedeute nicht, dass mehr gefahren werde. Richtig sei, dass die durchschnittliche Fahrleistung pro Fahrzeug und damit der Treibstoffverbrauch sinke. Diese Entwicklung werde sich fortsetzen.

Zur Bitte von Kreisrat Dotzel, barrierefreie Zugänge zu errichten, könne mitgeteilt werden, dass es dafür bereits ein Investitionsprogramm der WestFrankenBahn gebe. Danach sollen die Zugänge schrittweise um 55 cm erhöht werden. Die WestFrankenBahn verfüge über 30 Fahrzeuge, wovon 10 bereits diese Höhe hätten.

Zur Lücke im abendlichen Bahnverkehr erklärte Herr Betz, dass der Spätabendverkehr bereits mit Bussen sicher gestellt sei. Das Busmodell sei erfolgreich und werde gut angenommen. Er werde das von Kreisrätin Münzel angesprochene Problem bei der Fahrplangestaltung im Dezember 2007 vorbringen.

Der Kreistag fasste sodann auf Empfehlung des Kreisausschusses vom 26.02.2007 bei zwei Gegenstimmen folgenden

### **B e s c h l u s s :**

Dem vorliegenden Gesamtentwurf über die Fortschreibung des Nahverkehrsplanes 2007 der Region Bayerischer Untermain wird zugestimmt.

Tagesordnungspunkt 11:

### **Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen zum Ausfall der EDV des Landratsamtes Miltenberg aufgrund eines Stromausfalls**

Landrat Schwing teilte aufgrund der Vereinbarung mit Kreisrat Scherf mit, dass im Hinblick auf die bereits fortgeschrittenen Zeit (18:30 Uhr) die vorliegende Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen zum Ausfall der EDV des Landratsamtes Miltenberg aufgrund eines Stromausfalls von der Verwaltung schriftlich beantwortet werde. Kreistagsmitglieder, die dazu Fragen hätten, können sich jederzeit an Verwaltungsdirektor Fieger wenden.

Der Kreistag erklärte sich damit einstimmig einverstanden.

gez.

**Schwing**  
Vorsitzender

gez.

**Mottl**  
Protokollführerin